



Hanns Dorfner:

Partizipation heißt die Maxime

Die bayerischen Musikschulen wollen nach den Worten ihres Präsidenten bei den bildungspolitischen Rahmenbedingungen mitreden. **Seite 3**



Dr. Günther Beckstein:

Die Regierung geht an die Arbeit

Der neue Ministerpräsident bekannte sich zur politischen Leitlinie seines Amtsvorgängers, die er in neuem Stil weiterentwickeln will. **Seite 2**



Dr. Ivo Holzinger:

Nein zu Büchergeld und Transrapid

Der SGK-Landesvorsitzende und seine Mannschaft stellten bei einer Konferenz in Mühldorf die Weichen für die Kommunalwahl 2008. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 25. Oktober 2007

58. Jahrgang / Nummer 20



Fast 5.000 Besucher zählte die KOMMUNALE in Nürnberg. Der große Teil der Gäste waren bayerische Bürgermeister und deren Mitarbeiter, die als Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags die Jahrestagung ihres Verbandes besuchten.

Bayerischer Gemeindetag 2007 in Nürnberg:

Erfolgreiche KOMMUNALE

Mit neuen Rekordergebnissen hat die KOMMUNALE 2007 in Nürnberg ihre Pforten geschlossen. Deutschlands größte Kongressmesse für den Kommunalbedarf war nicht nur die bislang umfangreichste, sie war auch die am besten besuchte aller fünf seit 1999 stattgefundenen Messen in der Norisstadt.

Über 4.900 Fachbesucher (2005: 4.858 Besucher), überwiegend Bürgermeister und deren Mitarbeiter in Städten und Gemeinden, informierten sich zwei Tage lang bei 231 Ausstellern (2005: 189 Aussteller) über Produkte und Dienstleistungen für den kommunalen Bedarf. Unter dem Motto „LandLeben – Perspektiven für alle Städte und Gemeinden“ veranstaltete der Bayerische Gemeindetag einen hochkarätigen Kongress zu aktuellen kommunalpolitischen Themen.

Rundumangebot

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, zeigte sich hoch zufrieden mit der KOMMUNALE 2007: „Es ist uns gelungen, der Politik durch die starke Präsenz der Kommunalvertreter eindrucksvoll zu verdeutlichen, dass der ländliche Raum Bayerns die gleichen Entwicklungschancen haben muss wie die Ballungszentren.“ „Es ist dieses Rundumangebot aus Messe, Vortrags-

foren und Kongress und alles kompakt an zwei Tagen, was die Kommunale bei ihren Besuchern so beliebt macht“, freute sich auch Friedhelm Lenz, Leiter des CCN CongressCenter Nürnberg.

Fachforen

Breit gefächert war das Fachangebot der Messe, das von IT-Lösungen über Entsorgungsleistungen und Energieversorgung bis hin zur Ausstattung gemeindlicher Einrichtungen reichte. Allein 39 Aussteller widmeten sich dem Thema „Kommunal-Software“, weitere 21 der Informatik- und Kommunikationstechnik. 19 Aussteller zeigten alles rund um das Thema Wasser- und Trinkwasserversorgung, wäh-

Verband der bayerischen Bezirke in Bayreuth:

Ambulante Hilfen im Vordergrund

Bei seiner Hauptausschuss-Sitzung in Bayreuth hat der Verband der bayerischen Bezirke eine Resolution zur Übernahme neuer Aufgaben der ambulanten Eingliederungshilfe verabschiedet. Darin heißt es: „Die Bezirke sehen ihren Auftrag darin, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gemeinschaft zu gewährleisten, ihre Integration zu fördern und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Ziel der Bezirke ist es, personenzentrierte, auf den individuellen Bedarf des Menschen mit Behinderungen abgestimmte Hilfen zu leisten.“

Die demografische Entwicklung und die Verringerung der familiären Unterstützungsnetze führen laut Resolution zu einem steigenden Hilfebedarf außerhalb der Familie. Zahlreiche Menschen mit Behinderungen könnten eigenständig alleine oder in Wohngemeinschaften leben, wenn sie geeignete ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten und die notwendigen Rahmenbedingungen für die Bewältigung von Krisen,

Bayerisches Landräteseminar in Bad Kissingen:

Jung und Alt im ländlichen Raum

Unter dem Leitmotiv „Jungsein und Altwerden im ländlichen Raum – Sozial- und Jugendhilfe als Zukunftsaufgaben der bayerischen Landkreise“ stand das diesjährige Bayerische Landräteseminar in Bad Kissingen. Als Ergebnis der Tagung präsentierte Landkreistagspräsident Theo Zellner einen „Forderungskatalog an den Freistaat und den Bund“ sowie zielorientierte „Sozialpolitische Eckpunkte der bayerischen Landkreise“.

Die bayerischen Landrätinnen und Landräte fordern von Bund und Freistaat endlich klare Zuständigkeiten in allen Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe. Dabei verwiesen sie unter anderem auf die Rechtsprechung des bayerischen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofs. Die Landkreise wollen die Vorsorge und zentrale Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfe in eigener und eindeutiger Verantwortung wahrnehmen. Dazu benötigen sie vom Freistaat sowohl klare rechtliche Regelungen als auch die notwendige Finanzausstattung.

Erziehungsauftrag wirksamer wahrnehmen

Die Zuständigkeit für die Hilfe zur Pflege solle komplett auf die Landkreise übertragen werden. Gleiches gelte für die ambulante und teilstationäre Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderungen bis zum Schuleintritt. Nachdrücklich wurde an den Freistaat appelliert, seinen Bildungs- und Erziehungsauftrag in den Schulen wirksamer wahrzunehmen. So müsse für einen flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule in pädagogischer und finanzieller Verantwortung des Freistaates ebenso gesorgt werden wie für die Schaffung mindestens einer Ganztagesintensivklasse je Landkreis sowie wirksameren Maßnahmen zur Behebung von Leistungsstörungen (Lese-, Recht-

schreib- und Rechen-Schwäche) in der Schule. Auch sei für eine deutlich bessere Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund in den Schulen zu sorgen.

Generationenübergreifende Familienpolitik

Darüber hinaus verständigten sich die Landräte, die Kooperation mit dem bayerischen Jugendring und den kreisangehörigen Gemeinden in den kommenden Jahren weiter zu verstärken. Die bayerischen Landkreise streben eine generationenübergreifende Familienpolitik an. Dabei bildet die Seniorenpolitik einen sozialpolitischen Schwerpunkt. Bei zunehmenden gesundheitlichen Einschränkungen müsse die Solidargemeinschaft tätig werden, weshalb sich die Landkreise in der Pflicht sehen, ein altengerechtes Wohnumfeld im ländlichen Raum zu schaffen. In den nächsten Jahren wollen sie seniorenpolitische Gesamtkonzepte zusammen mit den kreisangehörigen Gemeinden entwickeln. (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Präsidium bei der jüngsten KPV-Sitzung (v. l.): Hanns Dorfner, Gerhard Weber, Luitpold Braun, Erwin Huber und Florian Hahn.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Hubers Marksteine

Appell an den Mannschaftsgeist

Die immense Bedeutung der Kommunalpolitik für die Christlich-Soziale Union hat deren neuer Parteivorsitzender, Finanzminister Erwin Huber, bei der jüngsten KPV-Landesvorstand- und Hauptausschuss-Sitzung in München unter der Leitung von Landrat Luitpold Braun herausgestellt. Huber hegte die Hoffnung, „dass wir in den beiden nächsten Jahren zusammenstehen und uns gegenseitig unterstützen“. Schließlich stehe die Gesamtpartei vor „gewaltigen Herausforderungen“.

Als siebter Parteivorsitzender der CSU „und erster aktiver Kommunalpolitiker“ in dieser Riege wisse er um die Notwendigkeit der „Präsenz vor Ort“, so Huber. Der CSU- und damit deren Kommunalpolitischer Vereinigung (KPV) - gehörten über 14.000 Kommunalpolitiker an „und das Bild, das sich die Bürger von der Partei machen, ist sehr stark von der kommunalpo-

litischen Arbeit geprägt“. Die Seriosität der Arbeit und das daraus resultierende Vertrauen spielten hier eine wichtige Rolle. Die CSU sei die „einzige richtige Volkspartei in Deutschland, weil wir vor Ort beim Bürger verankert sind“.

Die CSU gehe mit dem unbe-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Aktuelle Baustellen

Erwartungen an das neue Kabinett

„Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe“ erwartet der Vorstand des Bayerischen Städtetags vom neuen Bayerischen Kabinett. Wie Vorsitzender Hans Schaidinger bei einer Pressekonferenz in München erläuterte, müssten die Anliegen der Städte und Gemeinden berücksichtigt werden. Schließlich seien die Kommunen am nächsten mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger vertraut und vollzögen die meisten der staatlichen Regelungen.

So erwartet der Städtetag von der Staatsregierung, dass sie umgehend ein Sonderfinanzierungsprogramm zum Ausbau der Ganztagschule mit einem Volumen von mindestens 600 Mio. Euro auflegt. Außerdem hält der Verband die vorgesehene Umsetzungsphase von bis zu fünf Jahren angesichts des dringenden Reformbedarfs für die Hauptschule für zu lang. Damit würden die Zukunftschancen der heutigen Generation der Hauptschüler massiv gefährdet.

Mehrfachinvestitionen

Die Städte begrüßen, dass der Freistaat die gebundene Ganztagschule auf freiwilliger Basis flächendeckend einführen will, bedauern aber gleichzeitig, dass nicht der Mut aufgebracht wird, diese Schulform auf absehbare Zeit zur Regel zu machen. Der Vorstand warnte vor den Problemen, die ein auf Dauer angelegtes Nebeneinander von of-

fenen und gebundenen Modellen nach sich ziehen würde. Dadurch würden zusätzliche Schülerwanderungen ausgelöst, die höhere Beförderungskosten, mehr Gastschulbeiträge und Mehrfachinvestitionen mit sich bringen.

Darüber hinaus fordert der Bayerische Städtetag den Freistaat Bayern auf, den von Bund (Fortsetzung auf Seite 3)

Neues von Sabriua

Der Klimawandel hat alle gepackt. Deshalb will der Bürgermeister im Kommunalwahlkampf mit Umwelt-schutzthemen punkten. Da er insbesondere auf Nachhaltigkeit achtet, wird er auf ein Vorhaben setzen, das ihm schon lange am Herzen liegt: ein Energiesparprogramm für die Stadtverwaltung. **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Büchergeld wird zur Kostenfrage	2
Einzelzimmer wird Rechtsanspruch	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Neue Männer, neue Akzente	3
Den Bürgern trauen und gemeinsam etwas aufbauen	5
Wirtschaft profitiert von stabiler Entwicklung	5
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Wasser · Abwasser	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Die Regierung Beckstein geht an die Arbeit

Der neue Ministerpräsident bekennt sich zu ganz Bayern
Veränderungen im Kabinett blieben in Grenzen

Mit der Wahl von Dr. Günther Beckstein zum Bayerischen Ministerpräsidenten am 9. Oktober und der Vereidigung seines Kabinetts im Landtag eine Woche später ist die neunmonatige Übergangszeit seit der Rücktrittsankündigung von Dr. Edmund Stoiber in der turbulenten Winterklausur der CSU-Fraktion beendet. Die erwartete Veränderung und Verjüngung des Kabinetts hielt sich in Grenzen. Der neue Regierungschef bekannte sich zur politischen Leitlinie seines Amtsvorgängers, die er in neuem Stil weiterentwickeln will.

„Mein Herz schlägt für ganz Bayern“, betonte Beckstein. Er trete das höchste Staatsamt „in Demut und mit Mut“ an, wie er nach dem von Landtagspräsident Alois Glück entgegengenommenen Amtseid in kurzer Ansprache versicherte. Der neue Minis-

terpräsident will einen „offenen und vertrauensvollen Dialog“ in „fairem Wettbewerb“ mit der Opposition. In geheimer Wahl hatte er 122 von 178 abgegebenen Stimmen erhalten. Von der mit 124 Abgeordneten vollzählig anwesenden CSU-Fraktion fehlten ihm zwei Stimmen, da die Opposition geschlossen 53 Neinstimmen abgab. Eine Stimme war ungültig.

als „akutes Beispiel für das Versagen der Staatsregierung“. Deren neue Zusammensetzung sorgte in der CSU für spürbare Nervosität, die Beckstein schließlich im Wochenendgespräch in seiner Wohnung in Nürnberg-Langwasser beendete,

mann zum Innenminister war laut eigener und Becksteins Aussage Ergebnis der letzten Diskussion am Sonntag vor der Vereidigung. Dass Innenstaatssekretär Georg Schmid nicht Becksteins Nachfolger sondern von ihm als Fraktionsvorsitzender vorgeschlagen wurde, erregte in der Fraktion hörbares Missfallen. Es war erwartet worden, dass Hermanns Nachfolger aus der Fraktion kommen werde, wenn nicht Kultusminister Siegfried Schneider an die Fraktionspitze wechselte. In der Fraktionssitzung am Tag nach der Kabinettsvereidigung überwog der Wille, den „Prozess der Unstimmigkeiten abzuschließen“, wie Schmid berichtete. Er wurde mit 110 von 112 gültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Exstaatssekretär Karl Freller erhielt die Stellvertreterposition des zum Staatssekretär ernannten Markus Sackmann mit 96 von 105 gültigen Stimmen.

Unmut bei den CSU-Abgeordneten gab es auch, weil kein Ausschussvorsitzender ins Kabinett berufen wurde. Hoch respektiert wurde andererseits die Entscheidung von Finanzstaatssekretär Franz Meyer, mit Blick auf seine Landratskandidatur in seinem Heimatlandkreis Passau, Becksteins Angebot abzulehnen, bis zur Kommunalwahl im Amt zu bleiben. Meyer erklärte der GZ, er wolle zum Bewusstsein beitragen, dass Landes- und Kommunalpolitik aus einem Guss und auf gleicher Ebene seien.

Überraschungen

Besonders beachtet wurde, dass Beckstein Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser zum vorzeitigen Amtsverzicht bewegen konnte. Er hatte bis zur Landtagswahl nächsten Herbst im Amt bleiben wollen. Überraschend kam auch, dass sich Fraktionsvorsitzender Herrmann bereiterklärte, als Becksteins Nachfolger Innenminister zu werden. Er hatte bis zur Wahl Fraktionschef bleiben wollen.

Die Umsetzung der bisherigen Bundesangelegenheiten- und Europaministerin Emilia Müller zur Wirtschaftsministerin war nach Aussagen auch von CSU-Politikern ebenso überraschend wie die des CSU-Generalsekretärs Dr. Markus Söder in Müllers bisheriges Amt.

Im Pressegespräch bestätigte Beckstein die Schwierigkeiten u.a. mit Wirtschaftsvertretern. Dass Erwin Huber vom Wirtschafts- in das Finanzministerium wechselte, war nach Faltlhausers Verzicht erwartet worden. Die Ernennung des Fraktionsvorsitzenden Joachim Herr-

mann zum Innenminister war laut eigener und Becksteins Aussage Ergebnis der letzten Diskussion am Sonntag vor der Vereidigung.

Dass Innenstaatssekretär Georg Schmid nicht Becksteins Nachfolger sondern von ihm als Fraktionsvorsitzender vorgeschlagen wurde, erregte in der Fraktion hörbares Missfallen. Es war erwartet worden, dass Hermanns Nachfolger aus der Fraktion kommen werde, wenn nicht Kultusminister Siegfried Schneider an die Fraktionspitze wechselte. In der Fraktionssitzung am Tag nach der Kabinettsvereidigung überwog der Wille, den „Prozess der Unstimmigkeiten abzuschließen“, wie Schmid berichtete. Er wurde mit 110 von 112 gültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Exstaatssekretär Karl Freller erhielt die Stellvertreterposition des zum Staatssekretär ernannten Markus Sackmann mit 96 von 105 gültigen Stimmen.

Unmut bei den CSU-Abgeordneten gab es auch, weil kein Ausschussvorsitzender ins Kabinett berufen wurde. Hoch respektiert wurde andererseits die Entscheidung von Finanzstaatssekretär Franz Meyer, mit Blick auf seine Landratskandidatur in seinem Heimatlandkreis Passau, Becksteins Angebot abzulehnen, bis zur Kommunalwahl im Amt zu bleiben. Meyer erklärte der GZ, er wolle zum Bewusstsein beitragen, dass Landes- und Kommunalpolitik aus einem Guss und auf gleicher Ebene seien.

Opposition vermisst Strahlkraft und Frauen

Für die Opposition ist das Kabinett Beckstein „ohne Strahlkraft und Substanz“ wie Dr. Sepp Dürr für die Grünen formulierte. Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) meinte, Beckstein fühle sich noch nicht stark genug, größere Umbrüche vorzunehmen. Beide Oppositionssprecher bemängelten auch den geringen Frauenanteil. In seiner letzten Rede als CSU-Fraktionschef stellte Herrmann fest, die neue Staatsregierung sei eine gelungene Mischung aus Erfahrung und Erneuerung, Kraft und Kompetenz.

Zu Becksteins Team gehören elf Minister, darunter zwei neue: Herrmann und Söder, sowie sechs Staatssekretäre, fünf davon neu: Georg Fahrenschon, Marcel Huber, Melanie Huml, Markus Sackmann und Bernd Sibley. **rm**

Einzelzimmer wird Rechtsanspruch

Pflegegesetz wird mit Bezirken und Verbänden abgestimmt
Der Anspruch auf Einzelzimmer für Heimbewohner wird in den bayerischen Ausführungsbestimmungen zum Bundespflegegesetz detailliert geregelt. Der entsprechende Regierungsentwurf geht demnächst den Bezirken und Wohlfahrtsverbänden zur Stellungnahme zu.

Das kündigte Sozialministerin Christa Stewens an, bevor der Landtag einen SPD-Dringlichkeitsantrag einstimmig verabschiedete. Zum Nachtragsetat 2008 soll die Ministerin im Parlament berichten, ob und wie die notwendigen Kosten für den Umbau von Pflegeheimen vom Staat im Einvernehmen mit den Bezirken bereitgestellt werden.

Joachim Wahnschaffe (SPD) und Renate Ackermann (Grüne) hatten auf die teilweise unhaltbaren Verhältnisse in Alten- und Pflegeheimen - zum Beispiel in Oberfranken - hingewiesen und ein Zinsverbilligungsprogramm für Neu- und Umbauten dringlich angemahnt.

Joachim Unterländer (CSU) betonte, in den Heimen müsse ein einheitlicher Standard gesichert werden.

Die Ministerin versicherte, ein Sanierungsprogramm werde mit den Verbänden besprochen. Sie schätzte, dass die Kosten nicht wesentlich höher seien, als bisher für Neu- und Umbau kalkuliert. Die Zustände in den bayerischen Heimen seien im Bundesvergleich positiv an der Spitze. Etwa 30% der Menschen verbrächten ihren Lebensabend in Heimen. **rm**

Büchergeld wird zur Kostenfrage

Landtagsopposition verlangt Kostenausgleich für die Kommunen bei sofortigem Verzicht auf die Elternabgabe

Über einen Kostenersatz für Kommunen, die sofort auf die Einhebung des Büchergeldes für das laufende Schuljahr verzichten, herrscht im Landtag weiter Unklarheit. Im Plenum wurden zwei neue Dringlichkeitsanträge der Opposition von der CSU abgelehnt. Die SPD wollte sicherstellen, dass den Kommunen keinerlei finanzielle Belastungen bleiben. Die Grünen verlangten einen Kostenersatz in Höhe des Betrages, den die Städte, Landkreise und Gemeinden als Schulaufwandsträger vor der Einführung des Büchergeldes ab dem Schuljahr 2005/06 erhalten haben.

Die erforderliche Summe könne und müsse in den Nachtragsetat 2008 eingestellt werden, forderte Simone Tolle (Grüne). Der Kostenersatz sei durch Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes unverzüglich zu klären, da die Kommunen bereits an ihren Haushalten für das kommende Jahr arbeiteten.

Jürgen Dupper (SPD) unterstellte der CSU und auch der neuen Staatsregierung den Versuch, sich aus der Verantwortung für die Korrektur eines Fehlers der Regierung Stoiber herauszustehlen, indem den Kommunen freigestellt werde, sofort auf das Büchergeld zu verzichten, ohne über die dadurch ausfallenden Mittel zu reden.

Georg Eisenreich (CSU) berief sich auf die Vereinbarung des Kultusministers mit den Vorsitzenden von Städte-, Gemeinde- und Landkreistag, es den Kommunen zu überlassen, ob sie sofort auf das Büchergeld verzichten wollen

und können. Auf jeden Fall werde der Freistaat wie bisher pro Schüler 4 Euro zahlen.

Karl Freller erläuterte dass der entsprechende Gesetzentwurf sei derzeit noch in der Anhörung bei den kommunalen Spitzenverbänden sei; er werde aber schnellstmöglich dem Landtag vorgelegt. Freller berief sich auf eine Vereinbarung beim Spitzengespräch mit den Vorsitzenden Brandl, Zellner und Schaidinger Ende September.

In der kontroversen Diskussion befand Franz Schindler (SPD), den Kommunen den Schwarzen Peter zuzuschieben, ob und wer das Büchergeld zahlt, sei einer Bananenrepublik würdig. Eisenreich wies das zurück. Der Forderung beider Oppositionsfraktionen, der anwesende neue Ministerpräsident möge sich zum rechtlich einwandfreien Vollzug der Neuregelung äußern, kam Dr. Günther Beckstein nicht nach. Er hatte die Abschaffung des Büchergeldes auf der CSU-Klausur in Banz Anfang September als einen Schritt der kommenden Staatsregierung für das nächste Schuljahr angekündigt.

Die Landtagsopposition kritisierte im Plenum auch die ihrer Meinung nach unklare Haltung der drei Spitzenverbandsvorsitzenden und verwies darauf, dass gerade auch CSU-(Ober)Bürgermeister und Landräte landesweit die sofortige, kostenneutrale Abschaffung des Büchergeldes forderten. In namentlicher Abstimmung wurden beide Dringlichkeitsanträge von der CSU abgelehnt bei fünf bzw. sieben Stimmenthaltungen (s. GZ 19/11.10.07). **rm**

Hubers Marksteine ...

(Fortsetzung von Seite 1)
streitbaren Vorteil in die Kommunalwahl 2008, bereits auf 50 Jahre Verantwortung auf Landes-, Bundes- und Europaebene blicken zu können, fuhr Huber fort: „Nur wir können kommunale Anliegen auf anderen Ebenen ein- und durchsetzen.“ Als Beispiel nannte der Parteivorsitzende Hartz IV: Hier sei es letztlich aufgrund des Einwirkens der CSU zu einer Entlastung der kommunalen Kassen gekommen.

Im Zeichen der Kommunalwahl

Nicht nur der Parteiausschuss am 17. November in Würzburg werde insbesondere im Zeichen der Kommunalwahl stehen, fuhr Huber fort; er selbst habe sich auch vorgenommen, in den nächsten Wochen alle Bezirke aufzusuchen und dort die kommunalen Herausforderungen in den Mittelpunkt zu stellen.

In diesem Zusammenhang gab der Parteivorsitzende der Hoffnung Ausdruck, das Büchergeld „relativ rasch“ ad acta legen zu können. Hier sei „möglichst schnell für einen reibungslosen Ablauf“ zu sorgen. Es liege an den Kommunalpolitikern, darüber zu entscheiden, ob es für 2007/2008 erhoben wird oder nicht. Vom Schuljahr 2008 an werde jedenfalls wieder die alte Regelung gelten. Der kleinere Teil werde dann erneut von den kommunalen Sachaufwandsträgern bezahlt, der größere Teil vom Staat.

Entlastung des kommunalen Bereichs

Was die aktuelle Diskussion um das Arbeitslosengeld I (ALG) anbelangt, so wird eine mögliche Änderung nach Hubers Auffassung „wohl eher zu einer Entlastung des kommunalen Bereichs“ führen. Deshalb sei es angebracht, sich momentan mit Äußerungen eher zurückzuhalten. Der Parteivorstand habe in seiner jüngsten Sitzung betont, dass es sehr viel wichtiger sei, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken. In der „jetzigen, etwas schwierigen Konjunkturlage“ sei dies der richtige Beitrag zur rechten Zeit, erklärte der CSU-Vorsitzende. Erwin Huber plädierte zudem

dafür, auch familienpolitische Fragen programmatisch stark in den Vordergrund zu stellen. Mit dem angekündigten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen habe die CSU ein Thema besetzt, „wo wir kein Defizit gegenüber SPD und Grünen aufkommen lassen“. Gleichwohl solle auch immer „die Stärkung der traditionellen Familie ein Teil unserer Kommunalpolitik“ sein. Huber: „Es darf nicht dazu kommen, dass wir Ämter und Verantwortung letztlich immer mehr reduzieren und auf außerfamiliäre Einrichtungen konzentrieren. Im Zentrum muss die Familie stehen, weshalb wir auch für ein Betreuungsgeld eintreten. Auch das ist ein Beitrag zu glaubwürdiger CSU-Familienpolitik.“

Neue Schwerpunkte

In punkto Nachtragshaushalt für 2008 kündigte der Parteivorsitzende an, insbesondere bei den Themen Klimaschutz und Kommunaler Finanzausgleich neue Schwerpunkte setzen zu wollen. „Die kommunale Finanzkraft weiter stärken“, laute die Devise, weshalb zu überle-

gen sei, „wo noch strukturelle Veränderungen für eine sinnvolle Weiterentwicklung des kommunalen FAG vorgenommen werden müssen“.

Vier Säulen der Partei

Grundsätzlich wolle er, Huber, „dazu beitragen, dass die einzelnen Gremien der CSU in ihren Vorstandssitzungen konstant Fragen der Kommunalpolitik erläutern“. Auch werde er alle Regierungsvertreter verpflichten, im Kommunalwahlkampf vor Ort präsent zu sein. Hier gelte es, Mannschaftsgeist zu zeigen und für den so notwendigen „Zusammenhalt über alle vier Parteisäulen hinweg“ zu sorgen.

Hubers abschließender Appell an die KPV-Versammlung: „Mit vier Wahlen in zwei Jahren haben wir eine Dichte, wie wir sie in der ganzen Nachkriegszeit nicht hatten. Das fordert uns gewaltig. Wenn der Start stimmt, geht man gut gerüstet ins Rennen. Deshalb bitte ich Sie, dazu beizutragen, dass wir einen kraftvollen und beeindruckenden Start bei der Kommunalwahl 2008 hinlegen.“ **DK**

Aktuelle Baustellen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und Ländern zusätzlich geforderten Krippenausbau als Konnexitätsfall anzuerkennen. Der Freistaat müsse sich verpflichten, den Kommunen die vom Bund nicht gedeckten Kosten zu erstatten. Ein brandneues Gutachten des renommierten Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Gallwas stärke den Kommunen in dieser Frage den Rücken.

Kommunaler Finanzausgleich

Als Schwerpunkte im kommunalen Finanzausgleich 2008 erwartet der Städtetag wiederum die Stärkung der Investitionskraft der Kommunen und eine bessere Finanzierung der Schülerbeförderung. Die Investitionsfördermittel nach Art. 10 FAG müssten deutlich erhöht werden. Neben den im Bildungsbereich erforderlichen hohen Investitionen gebe es in der kommunalen Infrastruktur insgesamt einen Nachholbedarf. Dazu gehörten auch die Krankenhäuser. Hier habe der Staat zumindest

wieder die Hälfte des Investitionsprogramms zu finanzieren. Auch im Öffentlichen Personennahverkehr und bei den Gemeindestraßen müsse wieder mehr investiert werden. Neben den zweckgebundenen Investitionsfördermitteln benötigten die Kommunen auch eine Erhöhung der frei verwendbaren Investitionspauschale. Damit könnten die Städte und Gemeinden Investitionsvorhaben wie beispielsweise für den Sportstättenbau oder sonstige soziale Einrichtungen in Angriff nehmen, die durch spezifische Förderprogramme nicht gedeckt sind.

Mehr Geld aus dem allgemeinen Steuerverbund

Nach Meinung der Städte muss auch eine weitere Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund umgesetzt werden. Nach der Erhöhung von 11,5 Prozent auf 11,7 Prozent in den vergangenen beiden Jahren wird ein weiterer (Fortsetzung nächste Seite)

**Nachmals
Sonne tanken!**



Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

terpräsident will einen „offenen und vertrauensvollen Dialog“ in „fairem Wettbewerb“ mit der Opposition. In geheimer Wahl hatte er 122 von 178 abgegebenen Stimmen erhalten. Von der mit 124 Abgeordneten vollzählig anwesenden CSU-Fraktion fehlten ihm zwei Stimmen, da die Opposition geschlossen 53 Neinstimmen abgab. Eine Stimme war ungültig.

Den besten Mann für das hohe Amt

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann hatte Beckstein als den besten Mann für das hohe Amt vorgeschlagen. Die Opposition bezweifelte das. SPD-Fraktionschef Franz Maget forderte eine neue Politik, die sich schon in Größe und Zusammensetzung des neuen Kabinetts andeuten müsse, Margarete Bause (Grüne) hieb in die gleiche Kerbe. Beide Oppositionssprecher werteten den Streit mit den Kommunen um den Kostenersatz für das abgeschaffte Bücher-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Hahn
97353 Wiesentheid
am 20.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schilke
86682 Gendingen
am 13.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Paul Wengert
86150 Augsburg
am 18.11.

Bürgermeister Georg Zaus
95682 Brand
am 18.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Walter
86450 Altenmünster
am 22.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Ammer
94368 Perkam
am 17.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Grasl
82541 Münsing
am 26.11.



Beim Bayerischen Musikschultag (v. l.): Heribert Thallmair, Ehrenpräsident des Bayerischen Gemeindetags und Josef Deimer, Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, beide Träger der Carl-Orff-Medaille des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen, Landrat Hanns Dorfner, Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen, Landtagspräsident Alois Glück, ebenfalls Träger der Carl-Orff-Medaille, Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der Bayerischen Bezirke und Thomas Schmid, 1. Bürgermeister des Marktes Garmisch-Partenkirchen. Foto: VBSM

Bayerischer Musikschultag in Garmisch-Partenkirchen:

Partizipation heißt die Maxime

Landtagspräsident Alois Glück mit Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet

„Der diesjährige Musikschultag fällt in eine Zeit des Umbruchs“, erklärte Landrat Hanns Dorfner, Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM), beim Festakt zum Bayerischen Musikschultag in Garmisch-Partenkirchen. Das dreitägige Treffen fand in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Musikschule Garmisch-Partenkirchen statt, die zugleich ihr 35-jähriges Jubiläum feierte.

Angesichts der sich verändernden bildungspolitischen Rahmenbedingungen seien die Musikschulen mehr denn je gefordert, „ein gewaltiges Wort mitzureden“, so Dorfner vor rund 200 Gästen aus Politik, Bildung und Kultur. Die Musikschulen könnten einen großen Anteil daran haben, die Bildungsoffensive

Bayern weiterzubringen: „Wenn wir wollen, dass Nachmittagsbetreuung nicht nur ein Aufpassen der Schüler bedeutet, sondern aktiv zur Persönlichkeitsentwicklung der Kinder beiträgt, dann müssen die Musikschulen eingebunden werden“, forderte der VBSM-Präsident. Wenn es auch viele Beispiele für die Zusammenarbeit von Musikschule und Schule gäbe, so sei die finanzielle Ausstattung für die Aktivitäten doch mangelhaft. „Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass jedes Kind an jedem Ort qualifizierten Musikunterricht erhalten kann“, hob Dorfner hervor. Dazu sei der Wille der Kommunen ebenso entscheidend wie die Unterstützung durch den Staat.

Staatliche Förderung

Obwohl dringend notwendig, habe sich die staatliche Förderung bisher kaum verbessert. Das habe zur Folge, so Dorfner, dass „das Musikland Bayern heute in der Gefahr lebt, seine bundesweite Vorbildfunktion zu verlieren“. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Nachbarland Oberösterreich, das im Bereich

Musikschulen vorbildliche Staatsförderung gewährleiste.

Beispiel Österreich

Auch Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes bayerischer Bezirke, lobte in seiner Festansprache die konsequente musikalische Förderung im benachbarten Österreich. Für Hölzlein ist die außerschulische Musikerziehung ohne die Beteiligung der Kommunen undenkbar: „Kommunen sind Träger, Zuschussgeber oder Vertragspartner von Musikschulen“. So hätten im Jahr 2005 die Kommunen über 40 Prozent der Gesamtausgaben der Musikschulen in Höhe von über 50 Millionen Euro übernommen. Mit Interesse verfolgte er das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ in Nordrhein-Westfalen. Dort sollen unter der Trägerschaft der Musikschulen bis 2010 über 200.000 Kinder im Ruhegebiet ein Instrument ihrer Wahl und ein- bis zweimal wöchentlich qualifizierten Instrumentalunterricht erhalten. Wichtig sei hier zu betonen, so Hölzlein, dass „der Unterricht nur in Ergänzung zum regulären Musikunterricht der Schule gedacht ist, nicht als dessen Ersatz“.

Im Rahmen des Festaktes zeichnete der VBSM Landtagspräsident Alois Glück mit der Carl-Orff-Medaille des bayerischen Musikschulverbandes aus.

Arbeitstagung zur musikalischen Bildung

Bei der Arbeitstagung zum Thema „Musikalische Bildung ist Zukunftsinvestition“ im Rahmen des Bayerischen Musikschultags waren sich die Teilnehmer darin einig, eine höhere staatliche Musikschulförderung mit größtem Nachdruck verfolgen zu wollen.

Professor Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, appellierte an die Politik, die „Zukunftsinvestition in die Jugend“ zur zentralen Leitlinie zu machen: „Wir müssen die Nachmittage unserer Kinder retten und bei ihnen Lust auf Leben wecken - durch Musik und weitere kulturelle Angebote.“ Dass das Musizieren für Jugendliche eine gute Möglichkeit ist, ihre Freizeit sinnvoll auszufüllen, bestätigte die Bürgermeisterin von Neubiberg, Johanna Rumschöttel: Im Gegensatz zu den Nachbargemeinden, die ohne öffentliches Musikschulangebot sog. Streetworker im Einsatz haben, wären diese in ihrer Gemeinde nicht vonnöten. Einig darüber waren sich Kommunalpolitiker wie Staatsvertreter, dass musikalische Bildung und gemeinsames Musizieren für junge Leute in hohem Maße für das Leben und die Persönlichkeitsbildung sinnstiftend sei. Allein dieser Tatbestand erfordere von den politisch Verantwortlichen in Staat und Kommunen, die Musikschulen weiter zu fördern und zu stärken.

Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel kündigte an, dass der Haushaltsansatz für das kommende Jahr eine gewisse Steigerung vorsehe. Der Wegfall der 20-prozentigen Haushaltsperre - eine Sparmaßnahme in den vergangenen steuerschwachen Jahren - würde so die staatliche Förderung der Musikschulen begünstigen. „Die 13 Millionen Euro stehen den Musikschulen zu“, befand auch Ministerialrat Michael Weidenhiller, zuständiger Referent im Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Er forderte die Musikschulen auf, derweil den „Druck im Kessel zu erhöhen“. Auch der Musikschulverband sollte sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zügig auf den Weg machen, die politischen Entscheidungsträger zu überzeugen.

Ob eine Gemeinde eine Musikschule betreiben oder ausbauen will, entscheide sie nicht zuletzt nach der Höhe des gesellschaftlichen Stellenwerts, erklärte Fritz Wittmann, Bürgermeister des Marktes Essenbach. Wie hoch dieser Wert ist, sei in jedem Falle von der politischen Gewichtung der Staatsregierung abhängig. Ein stärkerer staatlicher Anreiz würde die Kommunen, die ohnehin schon den Löwenanteil der Musikschulen finanzieren, dazu bewegen, die bestehenden Musikschulen nicht nur zu bewahren, sondern sie auszubauen und neue Musikschulen zu gründen. **DK**

In seiner Würdigung hob Dorfner die Verdienste Glücks und dessen Engagement für die Sing- und Musikschulen in Bayern hervor: So sei der Geehrte u. a. in seinem Landkreis seit Jahrzehnten stetiger Ansprechpartner für alle Belange der Musikschulen oder des Laienmusizierens. Das oft zitierte „bürgerschaftliche Engagement“ lebe er in beispielhafter Weise vor: ob als erster Vorsitzender des Orgelfördervereins Traunwalchen oder als Schirmherr der „Orff-Festspielreihe“.

Persönlichkeitsentwicklung

Besonders freute sich Glück über die Auszeichnung, weil er sich dem Namensgeber der Medaille verbunden fühle: „Carl Orff ist Ehrenbürger meiner Heimatgemeinde Traunreut und er ist sozusagen der „Schutzpatron“ der Sing- und Musikschulen.“ Der Landtagspräsident versicherte in seinen Dankesworten, sich auch weiterhin für die Anliegen der bayerischen Musikschulen einzusetzen: „Gerade für Kinder und junge Menschen ist musische Bildung und musikalische Erziehung von unschätzbarem Wert. Es ist nicht nur schön, ein Instrument zu spielen, es zu beherrschen; musikalische Bildung ist auch eine äußerlich ganz zweckfreie, besondere Betätigung, die die Persönlichkeitsentwicklung fördert.“

Jubiläumskonzert

Eröffnet wurde der Musikschultag von der Garmischer Musikschule mit einem Jubiläumskonzert. Darin präsentierten sich neben vielen musikschul-eigenen Gruppen und Ensembles das Streichorchester „Sinfonietta Werdenfels“, Chöre und die Bigband der Musikschule. Beim traditionellen Festkonzert der jungen musikalischen Elite präsentierten Chöre, Instrumentalensembles und Solisten aus 17 südbayerischen Musikschulen die hohe Unterrichtsqualität der Musikschularbeit. Die meisten der Mitwirkenden sind Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“. Den fulminanten Konzertabschluss machte das Jugendsinfonieorchester der Albert-Greiner-Sing- und Musikschule Augsburg mit 70 Musikschülern. Mit Blasmusik und Bigband-Klängen endete der Musikschultag in der Fußgängerzone von Garmisch-Partenkirchen. Bläserorchester und Bläserensembles aus den Musikschulen Garmisch-Partenkirchen, Wertingen, Starnberg, Tegernseer Tal, Berchtesgadener Land und Freising begeisterten das Publikum auf drei Plätzen unterhalb der Zugspitze. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

Die Fronten sind geklärt: Dr. Günther Beckstein ist unser neuer Ministerpräsident und Erwin Huber der neue Parteivorsitzende der CSU.

Wir stehen damit am Beginn einer neuen Epoche in der erfolgreichen Geschichte dieser großen Partei und unseres Bayernlandes.

Mit Edmund Stoiber hat ein Ministerpräsident die Staatskanzlei verlassen, der für Bayern ungemein prägend war. Die rasante Entwicklung der vergangenen einhalb Jahrzehnte, die den Freistaat wirtschaftlich - und nicht nur in diesem Bereich - an die Spitze der deutschen Länder gebracht hat, werden immer mit seinem Namen verbunden sein. Bis zur letzten Stunde hat er für den Fortschritt unseres Heimatlandes gekämpft. Als Stichpunkt sei hier nur der Transrapid genannt.

Die neuen Männer werden andere Akzente setzen. Im Laufe der Jahre, vielleicht schon nach Monaten, werden diese sichtbar werden. Sie müssen aber auch ihr Augenmerk verstärkt darauf rich-



Neue Männer, neue Akzente

ten, dass die CSU bei den vier Wahlen, die innerhalb der zweijährigen Amtszeit des neuen Parteivorstandes anstehen, ihr bisheriges Gewicht halten kann. Dies geht nur, wenn die positive Entwicklung für das erfolgsverwöhnte Land anhält. Der neue Ministerpräsident wird daher ein gerüttelt Maß an Arbeit zu leisten haben.

Ihm und dem neuen Parteivorsitzenden gelten daher unsere besten Wünsche.

Me
Luitpold Braun

Landeskonzert der SGK Bayern in Mühldorf:

Nein zu Büchergeld und Transrapid

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Bayern hat auf ihrer Landeskonzert in Mühldorf am Inn die sofortige Abschaffung des Büchergeldes und die Übernahme der Kosten durch den Freistaat Bayern gefordert. Der Landesvorsitzende, Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, begrüßte die Einsicht der Staatsregierung, das Büchergeld, das eine bildungspolitisch unerwünschte Mehrbelastung für die Eltern darstelle und zudem ein „bürokratisches Monster“ sei, nunmehr doch wieder abzuschaffen.

Allerdings wollen die SPD-Kommunalpolitiker die sofortige Abschaffung ab dem Schuljahr 2007/2008, zumal die Einziehung erst begonnen hat. Für sie ist selbstverständlich, dass die Kosten dafür vom Freistaat übernommen werden müssen. Holzinger: „Es kann doch nicht wahr sein und spräche allen Rechtsgrundsätzen Hohn, wenn die Kommunen für die Fehler des Staates bezahlen müssten.“ Diesen Streit wolle man aber nicht auf dem Rücken der Eltern austragen. Deshalb empfehlen die SPD-Kommunalpolitiker den Städten, Gemeinden und Landkreisen, auf die Einziehung des Büchergeldes ab sofort zu verzichten bzw. bereits eingezogenes Geld zurück zu erstatten.

Konnexitätsprinzip

Für die Neuregelung ab dem Schuljahr 2008/2009 sind die Kommunalpolitiker der Meinung, dass nicht einfach an die frühere Regelung bei der Lernmittelfreiheit angeknüpft werden kann. Mittlerweile gelte das verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip, an das sich der Staat halten und damit die Gesamtkosten übernehmen muss.

Eindeutig war auch die ablehnende Haltung gegenüber dem Bau der Transrapidstrecke München Hauptbahnhof - Flughafen Franz-Josef-Strauß. Angesichts des „nicht nachweisbaren Nutzens und der zu erwartenden immensen Mehrkosten als die behaupteten 1,85 Mrd.“ hält die SGK Bayern die staatliche Förderung dieses Projektes für „nicht verantwortbar und eine Ver-

schwendung öffentlicher Gelder“. Wie die SPD-Kommunalpolitiker in einer Resolution darlegten, sei die Transrapidtechnologie primär für Langstrecken geeignet. Eine Realisierung der Technologie auf dieser kurzen Strecke sei alles andere als zukunftsweisend. Der Transrapid auf der Kurzstrecke sei ökonomisch schädlich: Die immensen Kosten müssten vor allem vom Steuerzahler aufgebracht werden und „stehen zum fraglichen Nutzen in Bayern in keinem sinnvollen Verhältnis“.

Neue S-Bahn-Strecken

Dringend erforderlich sei stattdessen der sinnvolle Ausbau teils bereits bestehender und der notwendige Bau neuer S-Bahn-Strecken. In einem Flächenland wie Bayern benötige man eine sinnvolle Anbindung der Regionen an den Flughafen München durch kompakte Verkehrsmittel und Konzepte. Die Transrapidtechnologie sei hierfür ungeeignet.

Volksbegehren

Da der Bevölkerung angesichts großenteils ungenügender S-Bahn- und anderer Nahverkehrssysteme nicht mehr zu vermitteln sei, weshalb sich die bayerische Staatsregierung auf das Risiko großer Finanzierungslücken einlässt, werde die Möglichkeit eines Volksbegehrens gegen den Transrapid geprüft. Es dürfe nicht sein, „dass weite Teile Bayerns verkehrspolitisch abgehängt werden, um Stoibers Prestigeprojekt umzusetzen“. **DK**



Beim Messerundgang trafen sich am Stand der Commerzbank (v. l.): Götz Rinn (Kommunalkundenbetreuer München), Dr. Jürgen Busse (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Gemeindetag), Dr. Uwe Brandl (Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Randolph Rodenstock (Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft), Bernd Grossmann (Leitung Gebietsfiliale Firmenkunden Nürnberg), Michael Bucker (Leitung Gebietsfiliale Firmenkunden München). □

Erfolgreiche KOMMUNALE ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rend über Sport- und Spielplatzgestaltung bzw. Garten- und Landschaftsbau 33 Aussteller informierten. Eine Messeeröffnung bildete der Gemeinschaftsstand Biogas: Diese erneuerbare Energie wird für Kommunen und Energieversorger zunehmend attraktiv.

Fachforen

Auch bei der fünften KOMMUNALE durften die Messe begleitenden Fachforen nicht fehlen. Themenschwerpunkte waren hier das neue Bayerische Feuerwehrgesetz, die „CO2-Initiative“ - Dezentrale Energieversorgung als Chance für die ländlichen Räume, die Kommunalbewirtschaftung (Regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum), die „Effiziente Verwaltung durch elektronische Vergabe“ sowie die Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts - Stichwort: leistungsgerechte Bezahlung.

Besondere Aufmerksamkeit fanden eine Kundgebung zum Kongressmotto „LandLeben“ mit Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und dem Präsidenten des Österreichischen

Gemeindebunds, Helmut Mödlhammer, sowie hochkarätig besetzte Podiumsdiskussionen zum Thema „Arbeit braucht das Land“ (u. a. mit Landwirtschaftsminister Josef Miller, Josef Mend, 2. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Vertretern der bayerischen Wirtschaft, des Handwerks und des Bayerischen Wirtschaftsministeriums) und „Bildung braucht das Land“ - Hauptschulinitiative des Freistaats Bayern mit Kultusstaatssekretär Karl Freller. Im Anschluss daran wurde die Initiative anhand der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den im Landkreis Cham gelegenen Gemeinden Walderbach und Wald erläutert. Hierzu standen Walds 1. Bürgermeister Hugo Bauer sowie die Hauptschulrektoren Günther Kaniber und Karl Weinbeck Rede und Antwort.

Gleich mehrmals im Fokus des Interesses stand die Feuer-

wehr: Ihr widmete sich auch ein eigener Kongress, nämlich der 1. Nürnberger Feuerwehr-Informationstag. Zielgruppe waren Führungskräfte aus den Feuerwehren aller Bundesländer.

Feuerwehr-Kongress

Ein Highlight waren die praktischen Vorführungen zusammen mit der Berufsfeuerwehr des Airport Nürnberg, bei denen Profis den Feuerwehrkollegen an praktischen Beispielen den Umgang mit Flüssiggas demonstrieren. Volker Skrok, Leiter der Nürnberger Feuerwehr: „Flüssiggasbeziehungsweise Erdgasunfälle gehören zwar nicht zum Alltag, es handelt sich im Fall des Falles aber meist um einen aufwändigen Einsatz mit womöglich großen Schäden. Hier auf dem Messegelände konnten sich die Kollegen hervorragend für die Praxis fit machen.“

Bürgermeister Georg Schindlbeck verstorben

Jede Hilfe kam zu spät, als Bürgermeister Georg Schindlbeck während der KOMMUNALE eine plötzliche Herzattacke erlitt. Der Bürgermeister von Kröning im Landkreis Landshut erlag am 10. Oktober während der Messe erst 55-jährig unerwartet seinem Herzleiden.

Bis zur Kommunalwahl am 2. März erledigt 2. Bürgermeister Konrad Hartshäuser die Amtsgeschäfte. □

Ambulante Hilfen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bereich. Handlungsbedarf besteht vor allem im Auf- und Ausbau ambulanter Hilfen. Dadurch könne die Hilfe auf die individuelle Lebenssituation des Einzelnen zugeschnitten und eine stationäre Betreuung häufig hinausgeschoben oder gar vermieden werden.

Vernetzte Strukturen

Vernetzte Strukturen und maßgeschneiderte Hilfen stellen eine Chance dar, den betroffenen Menschen möglichst lange eine selbständige Lebensführung zu erhalten. Auch förderten ambulante Hilfen die soziale Integration. Sie schafften wichtige Voraussetzungen, damit sich im Umfeld Nachbarschaftshilfe und auch ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement für Menschen mit Behinderung entwickeln kann. Daher müsse auch mit Blick auf die demografische Entwicklung in den ambulanten Bereich investiert werden, um mittel- und langfristig den unvermeidbaren Anstieg der Kosten in der Behindertenhilfe in den Griff zu bekommen.

Bei den Aufgaben der ambulanten Eingliederungshilfe sehen die Bezirke vor allem in folgenden Handlungsbereichen Schwerpunkte: Für Menschen mit kör-

perlichen und geistigen Behinderungen gebe es landesweit noch keine flächendeckend ausreichende Versorgung mit Angeboten des betreuten Wohnens. Die Bezirke hätten in der Vergangenheit für die Menschen mit seelischen Behinderungen und Suchterkrankungen flächendeckend ambulante betreute Wohnformen sichergestellt. Ausgehend von den dabei erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen müssten die Angebote zum ambulanten betreuten Wohnen für Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung im Zusammenwirken mit den Leistungserbringern und ihren Verbänden ausgebaut werden. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, in den verschiedenen Regionen ein bedarfsgerechtes Versorgungsnetz herzustellen.

Besondere Verantwortung

Die Bezirke sehen sich in besonderer Verantwortung für die Förderung von Kindern mit Behinderungen. Dies gelte insbesondere für die Aufgabe der Frühförderung. Bei der Übernahme dieser Aufgabe werden die Bezirke die vorhandenen Strukturen fortführen und die erforderlichen Hilfen bedarfsgerecht gewähren und weiterentwickeln. DK

„Virtuelle Behörde“ der GZ

Als besonderen Service für Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Kommunen und Behörden veranstaltete die Bayerische Gemeindezeitung in diesem Jahr erneut ihre „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung - Die virtuelle Behörde“. Partner aus der Wirtschaft gaben in Fachvorträgen und Berichten aus der Praxis einen detaillierten Überblick über spezielle Behördenlösungen sowie das aktuelle Angebot an Hard- und Software für die GZ-Zielgruppe.

Gleichwertige Bedingungen

„Bayerns Bürger erwarten gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen, egal, ob sie in ländlichen Regionen oder in der Stadt leben. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss es uns gelingen, die Rahmenbedingungen für ein zufriedenes, selbst bestimmtes Leben in allen bayerischen Kommunen zu schaffen“, hatte Gemeindetagspräsident Brandl zu Beginn der Kommunale 2007 betont. Der Abensberger Bürgermeister stellte hierzu das Thesenpapier des Bayerischen Gemeindetags „LandLeben - Perspektiven für alle Städte und Gemeinden“ vor.

„Bei den Leistungen der Da-

seinsvorsorge, sprich bei der Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Energieversorgung, Kinderbetreuung, aber auch im Bereich Tourismus und Verkehr müssen die Kommunen noch stärker als bisher zusammenarbeiten“, forderte Brandl. Erforderlich sei hierbei ein ganzheitliches Leitbild - sowohl bei der Vernetzung vorhandener oder beabsichtigter Maßnahmen innerhalb einer Gemeinde als auch in der Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen.

Top-Thema Arbeitsplätze

Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bezeichnete der Präsident als ein Top-Thema insbesondere bei den Gemeinden der - oft peripher gelegenen - ländlichen Räume. Neben der Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas müssten die Gemeinden als kommunaler Ansprechpartner für die Wirtschaft agieren und - soweit möglich - selbst nach Kräften auf dem Ausbildungssektor aktiv sein.

Preiswerter Wohnraum

Da junge Bürgerinnen und Bürger die Zukunft jeder Kommune darstellten, seien preiswerter Wohnraum für junge Familien und die Einbeziehung der jungen Generation in das gesellschaftliche Leben notwendig. Nur so könne Heimatbewusstsein entstehen. Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung sei für viele junge Paare ein entscheidender Faktor, um eine Gemeinde auch in Zukunft als Lebensmittelpunkt zu behalten. Eine flexible, umfassende und qualitätsvolle Kinderbetreuung sei erfahrungsgemäß häufig entscheidend für das Verbleiben am Ort.

Gute Standortfaktoren

Gemeinden könnten den privaten Unternehmen gerade in den ländlichen Räumen eine Reihe guter Standortbedingungen wie preisgünstige Flächen, niedrige Gewerbesteuerätze, hochwertige Infrastruktur, hoch motivierte, am Unternehmen wie an der Heimat hängende Mitarbeiter bieten, erklärte Brandl. Es lohne sich also, „wenn Unternehmen diese positiven Standortfaktoren vermehrt nutzen und ihre Ansiedlungspolitik entsprechend ausrichten“. Ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen fänden in den Rathauschefs kompetente und durchsetzungsfähige Partner. Vertieft werden könne diese effiziente Kooperation durch die Bildung örtlicher Plattformen, in denen sich Gewerbeverband, Bauernverband, Gemeinde und andere austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln. Private Unternehmen seien auch für den sozialen Zusammenhalt vor Ort eminent wichtig. Einen besonderen Stellenwert nehme hier das Angebot von Ausbildungsplätzen für die örtliche Jugend ein.

Miteinander von Stadt und Land

„Da die Stärke Bayerns im Miteinander von Stadt und Land liegt“, müssten staatliche Entwicklungskonzepte stets für alle Räume Bayerns erarbeitet werden, forderte Brandl. Die Gemeinden der ländlichen Räume sollten durch entsprechende Finanzausstattung in die Lage versetzt werden, ein hochwertiges Angebot aus öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung bereitzustellen. Notwendig seien gerade im ländlichen Raum ausreichende staatliche Fördermittel. Unverzichtbar seien hierbei die Leistungen, die der Staat den Gemeinden im Rahmen der Dorferneuerung und der Städtebauförderung gewährt. Dem Schutz der Gemein-

den vor finanzieller Überforderung müsse besonderes Gewicht eingeräumt werden. Brandl: „Wir wehren uns dagegen, dass der Staat immer wieder versucht, das Konnexitätsprinzip durch juristische oder finanztechnische Tricks auszuhebeln.“

Beste Bildung

Beste Bildung müsse auch in den ländlichen Räumen Bayerns Vorrang haben, so der Gemeindetagschef. Auf ortsnahe Beschulung sei umso mehr zu achten, je jünger die Kinder sind. Der Erhalt der Grundschulen sei sicherzustellen, insbesondere durch mehr Flexibilität bei der Absenkung bisher vorgegebener Klassenmindeststärken. Mit der Schließung von Grundschulen drohe der Verfall der Dörfer und der Wegzug junger Familien. Auch mit dem oft beschworenen Bürokratieabbau müsse endlich ernst gemacht werden. Überfrachtung mit statistischen Berichtspflichten sowie komplizierte Verfahrensabläufe lähmten die Rathäuser. Erforderlich sei ein spürbares Zurückfahren komplizierter Verfahren bei staatlichen Förderungen und im Prüfungswesen sowie ein Eindeutigen ausufernder Haftungstatbestände.

Von den bayerischen Metropolregionen in ihrem derzeitigen Zuschnitt ist der Bayerische Gemeindetag alles andere als erbaut, wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, hervorhob. „Wir haben nichts dagegen, dass Gemeinden sich im Rahmen einer Metropolregion zusammenfinden, um in einer globalisierten Welt unter einem Regionalnamen agieren zu können, jedoch reduziert sich der Nutzeffekt dieser Kategorie dann, wenn jede bayerische Gemeinde eine Metropole ist“, übte Busse deutliche Kritik.

Metropolregionen

„Zielscheibe“ war Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, dem es gelungen sei, „den gesamten nordbayerischen Raum zu einer Metropolregion zu vereinen - von Kitzingen im Osten, bis Weiden im Westen, von Kronach im Norden bis Weißenburg-Gunzenhausen im Süden.“ Da könne man es dem Oberhaupt der Landeshauptstadt, Christian Ude, nicht verübeln, dass es den „Restraum“ für die „Metropolregion München“ beanspruchte und so

Jung und Alt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Denkbar wären u. a. Seniorenbüros, die zum Teil schon von der sog. Komm-Struktur auf die aufsuchende Seniorenberatung (Geh-Struktur) umgestellt sind, Angebote zum Wohnen alter Menschen in ihrer bisherigen Wohnung im Rahmen des Landesprojektes „Wohnen zu Hause“ oder unabhängig von diesem, Wohnraumberatung zur altersgerechten Umgestaltung bestehender Wohnverhältnisse sowie zur Schaffung neuer Wohnformen, die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern, die als soziale Treffpunkte, Erfahrungs- und Ideenbörse, aber auch als Orte der Begegnung von Alt und Jung dienen und schließlich der Ausbau von Kurz- und Tagespflegestationen an Kreiskrankenhäusern sowie die Unterstützung der sog. Überleitungsstelle aus dem akut stationären Bereich nach Möglichkeit in ambulante Pflege.

Umbruch der Landesbankenlandschaft

Weitere Themen der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Landesauschuss waren der Umbruch der Landesbankenlandschaft und der kommunale

deutlich mache, dass es künftig in Bayern nur zwei Metropolregionen geben wird. Die Stadt Regensburg und der schwäbische Bereich sei weder in der einen, noch in der anderen Metropolregion vorgesehen.

Wirtschaft und Kommunen

Aufgrund der Befürchtung des Bayerischen Gemeindetags, dass künftig Metropolregionen eigene Fördermittel erhalten, die letztendlich nur den „Leuchttürmen“ (Nürnberg, München) zu Gute kommen, sollten die Gemeinden nach Busses Dafürhalten „selbstbewusst ihre eigenen Stärken entwickeln und regionale Aufgaben in interkommunaler Zusammenarbeit lösen“.

„Wirtschaft und Kommunen brauchen sich gegenseitig - und die Perspektiven für Städte und Gemeinden sind umso besser, je besser die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelingt“, hob Randolph Rodenstock, Präsident der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. hervor. Rodenstock wies darauf hin, dass keine Gemeinde ohne die Unternehmen existieren könne. „Unternehmer sorgen für Arbeitsplätze, sie kurbeln die Nachfrage nach lokalen Dienstleistungen an und sie tragen gesellschaftliche Verantwortung vor Ort.“ Auch der direkte finanzielle Beitrag der Firmen sei enorm. „Von den Steuereinnahmen der Kommunen im ersten Halbjahr 2007 entstammen rund 60 Prozent - über drei Milliarden Euro - der Gewerbesteuer“, so Rodenstock. Gleichzeitig sei die Wirtschaft auf eine funktionierende kommunale Infrastruktur angewiesen. „Das betrifft die harten Faktoren wie Straße, Öffentlicher Nahverkehr, Abwasserentsorgung oder Feuerwehr. Es betrifft aber auch weiche Faktoren wie Kindergärten, Schulen und Freizeitmöglichkeiten für die Mitarbeiter vor Ort.“

Der vbw-Präsident wertete es als gutes Zeichen, dass die bayerische Wirtschaft bei der Kommunale 2007 zu Wort komme. Dies spreche für das konstruktive Miteinander, das Kommunen und Wirtschaft pflegen müssten. Rodenstock zeigte sich zuversichtlich, dass dies eine gute Basis sei, um mittelfristig auch bei bisher strittigen Fragen - wie etwa in Bezug auf das Vergaberecht oder die Besteuerung - zu zukunftsfähigen Lösungen zu kommen. DK

Finanzausgleich für 2008. Gegenwärtig steht die Zukunft der Landesbanken vor dem Hintergrund gravierender Veränderungen im Markt- und Wettbewerbsumfeld in der öffentlichen Diskussion. Gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, wie schnell sich Krisen an den internationalen Finanzmärkten entwickeln können.

Der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dachaus Landrat Hansjörg Christmann, forderte von den Landkreisen in ihrer Eigentümerstellung ein Signal „zugunsten der Südschiene“. Wie Präsident Theo Zellner betonte, „haben sich Präsidium und Landesauschuss des Bayerischen Landkreistags einhellig dafür ausgesprochen, dass die BayernLB Wege für eine Fusion auf gleicher Augenhöhe mit der Landesbank Baden-Württemberg sucht“. Gerade der richtige und mutige Schritt der Übernahme der Hypo Group Alpe Adria demonstrierte überzeugend, aus welcher Stärke heraus die BayernLB handeln kann.

Unter besonderen Vorzeichen steht der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2008: Bis zum Finanzausgleichsspitzenge-

(Fortsetzung nächste Seite)



In Luxemburg Erfolgsrezepte ausgetauscht (v. l.): Stefan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Luc Frieden, luxemburgischer Justiz-, Schatz- und Budgetminister und der Sprecher der Geschäftsleitung der DZ Bank International S.A. Luxemburg, Wolfgang Köhler.
Bild: Dieter Weigel, Frankenpost

Wirtschaft profitiert von stabiler Entwicklung

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken bewerten ihre Geschäftslage optimistisch

„Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen bei ihren Kunden hoch im Kurs“, sagte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern vor bayerischen Pressevertretern in Luxemburg. Bei seiner Aussage stützte er sich auf eine repräsentativ durchgeführte Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung im Freistaat. Sie zeige: Die Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken fühlen sich bei ihrer Bank deutlich besser aufgehoben als der durchschnittliche bayerische Bankkunde bei seinem jeweiligen Institut.

Vor allem die individuellen Angebote, günstige Konditionen und Zinsen, Kulanz und der Einsatz für das Gemeinwohl bewerten die Kunden als Stärken.

Neben dem guten Zeugnis, das die Kunden den bayerischen Kreditgenossenschaften ausstellen, zeigte sich Götzl erfreut über die wirtschaftliche Entwicklung in seinem Verband. Bei allen maßgeblichen Kennzahlen habe man zugelegt. „Zur Jahreshälfte lag die Bilanzsumme aller Volksbanken und Raiffeisenbanken 3,2 Prozent über dem Vorjahresmonat, die Kundengelder wuchsen um 3,1 Prozent.“

Im Geschäft mit LfA-Förderkrediten waren die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken weiter erfolgreich. Im ersten Halbjahr 2007 wurden fast 2.000 Darlehenszusagen vermittelt - vier Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einem Marktanteil von 46 Prozent bedeutet das die Marktführerschaft. Die Tatsache, dass man mit den Kreditvolumina einen Marktanteil von knapp 31 Prozent abdeckt, sieht Götzl als

Beleg dafür, dass die Genossenschaftsbanken viele kleine Kredite vermitteln und damit das Handwerk und die kleinen Betriebe bedienen; „also jene, die dafür sorgen, dass die Wirtschaft läuft“, so Götzl.

Optimistischer Blick in die Zukunft

Zu den guten Zahlen passe, dass die Genossenschaftsbanken ihre Geschäftslage optimistisch bewerten. 92 Prozent der bayerischen Kreditgenossenschaften schätzen die Geschäftserwartungen im nächsten halben Jahr zuversichtlich ein. Götzl: „Daran ändern auch die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten nichts Grundsätzliches.“

Zudem profitiert von der stabilen Geschäftsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken auch die bayerische Wirtschaft. Der Präsident: „Die bayerischen Kreditgenossenschaften sind ein arbeitsmarktpolitischer Stabilitätsfaktor für den ländlichen Raum. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung für den Freistaat ist enorm.“

Allein die Wohnungsbaukredite der Volksbanken und Raiffeisenbanken garantieren in Bayern jedes Jahr 105.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Das sind knapp 2,5 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Bayern. Jede bayerische Kreditgenossenschaft sichert durchschnittlich im Jahr durch die von ihr vergebenen Wohnungsbaukredite und eigene Gebäudeinvestitionen gut 320 Arbeitsplätze in ihrem Marktgebiet. Zudem sorgen die durchschnittlich über 100 Mitarbeiter jeder bayerischen Genossenschaftsbank für Nachfrageimpulse von knapp drei Millionen Euro in ihrem lokalen Umfeld. In seiner wirtschaftlichen Standortbestimmung der genossenschaftlichen Bankinstitute betonte Götzl zudem, dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat tief verwurzelt seien: „20 Prozent der Bayern halten Anteile an Genossenschaftsbanken. Die bayerischen Kreditgenossenschaften sind die Banken der Bayern.“

Damit das auch in Zukunft so bleiben kann, fordert Götzl von der Politik spürbaren Bürokrati-

Luxemburgs Tresorminister Luc Frieden:

Den Bürgern trauen und gemeinsam etwas aufbauen

Prinzipien einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik

„Man muss den Bürgern trauen, wenn man mit ihnen gemeinsam etwas aufbauen will“, begründete Luxemburgs Tresor- und Justizminister Luc Frieden vor bayerischen Journalisten die liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik des kleinsten und reichsten europäischen Landes. Der Erfolg gibt Premierminister Jean-Claude Juncker und seiner Mannschaft recht. Den Schutz der Privatsphäre halte man hoch - „man nennt das Bankgeheimnis“, so der Minister. Dies bedeute jedoch keinen Schutz für Kriminelle, sondern vielmehr für die ehrlichen Bürger.

Nach dem 2. Weltkrieg zählte das kleine Großherzogtum zu den Armenhäusern Europas; heute gehört Luxemburg zu den größten Finanz- und Fondsplätzen Europas und der Welt. Dies ist kein Zufall, sondern vielmehr Ergebnis einer zielgerichteten jahrzehntelangen Wirtschaftspolitik, von der nicht nur die ca. 450.000 Einheimischen profitieren, sondern neben den etwa 200.000 Einpendlern, die jeden Tag aus Belgien, Frankreich oder Deutschland zu ihrem Arbeitsplatz nach Luxemburg kommen, vor allem auch die ca. 150 internationalen Bankhäuser, die dort ansässig sind.

„Wir sprechen die Sprache der Kunden“, versicherte Luc Frieden. Tatsächlich sind Sprachbarrieren in dem kleinen Land eher die Ausnahme. Die eigene Landessprache klingt wie ein deutscher Dialekt mit französischem Akzent. Schon sehr früh lernen alle Kinder deutsch und französisch und sehr bald auch englisch. Die Gesetze werden auf französisch veröffentlicht. Gleichzeitig akzeptieren alle Aufsichtsbehörden die Gesetze aber auch auf englisch. Deshalb kann Internationalität bei den Belegschaften der Geldinstitute sehr unkompliziert praktiziert werden.

Überhaupt Aufsichtsbehörden: „Sie arbeiten konsequent, streng und schnell“, so Frieden. „Und sie verstehen sich nicht als Bürokraten, sondern als Partner. Sie helfen Lösungen zu finden.“ Die Zeitschiene sei wichtig. Jemand, der einen Fonds auflegen möchte, muss das schnell erledigen können. „Bevor ich ein Gesetz schreibe“, sagte der 44-jährige Frieden, der früher zehn Jahre als Rechtsanwalt tätig war, „höre ich erst auf die Bemerkungen des Finanzplatzes. Dann entspricht dieses neue Gesetz den Bedürfnissen des Finanzplatzes. Gesetze müssen in einem klaren Rahmen die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen.“

Frieden zeigte sich zuversichtlich, dass es den Finanzplatz Luxemburg noch lange geben werde; man sei längst in anderen Teilen der globalen Welt aktiv. Vor kurzem nahm der Minister an der Eröffnung der Niederlassung der DZ Bank in Singapur teil.

tieabbau. Götzl: „Es kann nicht sein, dass Banken immer öfter die Arbeit von Staatsanwaltschaft, Finanzbehörden und Polizei erledigen und dadurch in ihrem eigentlichen Geschäft behindert werden.“

Nachbesserungen

Zudem seien dringend Nachbesserungen beim geplanten Abgeltungssteuerverfahren notwendig. Sorgen bereite die Regelung, wonach nicht der Abgeltungssteuersatz, sondern vielmehr der individuelle Steuersatz zur Anwendung komme, wenn der Steuerpflichtige bei seinem Kreditinstitut neben Kapitalanlagen auch Kredite habe. Götzls Bewertung: „Um die Abgeltungssteuer nach jetziger Regelung in Anspruch nehmen zu können, werden viele unserer Kunden die umfassende Beziehung zu ihrer Hausbank aufbrechen müssen und die Geschäfte auf unterschiedliche Institute verteilen. Das bedeutet für die Kunden Arbeit, Kosten und einen Verlust an gewohnter Beratungsqualität.“ Deshalb sei die jetzige Regelung Unsinn.

Reform der Bankenaufsicht

Handlungsbedarf sieht der bayerische Verbandspräsident nach wie vor bei der Reform der Bankenaufsicht. Der Umbau der BaFin-Führung könne nur der erste Schritt sein. „Wir brauchen jetzt dringend eine umfassende Klarstellung, was die Zuständigkeiten von BaFin und Bundesbank angeht. Doppelarbeit muss vermieden und die regionale Aufsichtskompetenz der Bundesbank gestärkt werden.“

Wie man mit liberaler Rahmengesetzgebung attraktive Standortpolitik betreibt, erläuterte bei einem weiteren Pressegespräch der Sprecher der Geschäftsleitung der DZ Bank International S.A. Luxemburg (DZI), Wolfgang Köhler. Seit 30 Jahren ist sein Haus hier ansässig. Der Finanzplatz sei für inter-

nationale Geldgeschäfte ideal. Tatsächlich legen viele Gesellschaften ihre Fonds nur noch in Luxemburg auf. Die Kompetenz und Flexibilität, mit der das Großherzogtum die ansässigen Unternehmen betreue, sei für eine erfolgreiche Arbeit von großem Vorteil.

Mit der Bankenaufsicht pflege man einen sehr engen Dialog. „Man hat immer ein offenes Ohr zum Nutzen des Standort“, versicherte Köhler. Von hier aus lasse sich die Globalisierung ausgezeichnet weiter vorantreiben, zumal den Kunden innovative Standort- und Produktmodule angeboten werden könnten und sich auch die Zusammenarbeit mit den Schweizer Kollegen äußerst positiv gestalte. Luxemburg könne „aus vollen Töpfen schöpfen“. Seit über 20 Jahren habe man im reichsten Land Europas - an der Einwohnerzahl gemessen - vernünftig gewirtschaftet. Deshalb weise der Staatshaushalt auch einen positiven Saldo aus.

Beckstein zu Herbstgutachten der Forschungsinstitute:

Schwung gezielt für Investitionen nutzen

Bayerns Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein zeigte sich trotz leichter Abschwächung erfreut über die weiterhin guten Wachstums- und Arbeitsmarktperspektiven in Deutschland, wie sie die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2008 prognostizierten.

Beckstein: „Dass sich der Aufschwung mit mehr Arbeitsplätzen auch im nächsten Jahr fortsetzen wird, ist ein klarer Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung. Sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Einkommen in Deutschland, wie sie die Wirtschaftsforscher für 2008 erwarten, sind die beste Medizin für den sozialen Zusammenhalt und die gerechte Verteilung des Wohlstands.“ Als Beispiele für die richtige Wirtschaftspolitik der Regierung Merkel nannte Beckstein die bereits erreichten großen Fortschritte auf dem Weg, die Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent zu senken, die investitionsfreundliche Steuerpolitik sowie die mit 15 Milliarden Euro kraftvoll dotierte High-Tech-Strategie. Diese Politik habe zusammen mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte den Unternehmen und

den Bürgern in Deutschland das notwendige Vertrauen in eine positive wirtschaftliche Zukunft zurückgegeben. Beckstein: „Das Herbstgutachten ist eine deutliche Aufforderung, diesen Erfolgskurs weiter zu gehen. Die Strategie aus Sanieren, Reformieren und Investieren ist der richtige Weg, um den sozialen Ausgleich in Deutschland bestmöglich zu gestalten.“

Beckstein ist überzeugt, dass Bayern auch im nächsten Jahr vom Aufschwung besonders profitieren wird. Beckstein: „Meine Regierung wird weiterhin auf eine konsequente Finanzpolitik mit einem ausgeglichenen Haushalt ohne Schulden setzen und den positiven wirtschaftlichen Rückenwind auch durch gezielte Investitionen zum Beispiel in Bildung und für mehr Klimaschutz nutzen und weiter stärken.“

Wohnen im Alter - ein Thema mit Zukunft:

Demographischer Wandel macht Gemeinden zu schaffen

In dem Maße, wie das Durchschnittsalter der Bevölkerung zunimmt, kommen auf die Gemeinden mit ihrer Fürsorgepflicht neue Probleme und Aufgaben zu. Denn alte Menschen haben andere Wohnbedürfnisse als junge Menschen. Altengerechte Wohnungen und Altersheime gewinnen an Bedeutung.

Bei der Diskussion um den demografischen Wandel stehen in der Regel die wirtschaftlichen Folgen der Überalterung unserer Gesellschaft im Vordergrund, erläuterte Xaver Kroner, Direktor des Verbandes bayerischer Wohnungsbauunternehmen (VdW Bayern). Schlagzeilen wie „Deutsche befürchten Altersarmut“ spiegeln die Ängste der Bundesbürger vor einer Versorgungslücke im Alter wider. Im Schatten der Debatte lauere eine ebenso große Herausforderung: Wie und wo wird die wachsende Zahl von Senioren wohnen? „Viele ältere Menschen werden sich wahrscheinlich keinen Platz in Seniorenresidenzen leisten können und sind auf den altersgerechten Umbau ihrer Wohnung angewiesen“, sagte Kroner, denn die meisten Senioren möchten am liebsten in ihrer vertrauten Umgebung bleiben.

Im Jahr 2035 werden 17 bis 18 Millionen Menschen 70 Jahre und älter sein, meldet das Pestel Institut. Auf die Wohnungswirtschaft kommt eine große Herausforderung zu. Gilt es doch die

vorhandenen Wohnungen barrierearm bzw. barrierefrei umzurüsten. „Maßnahmen wie der Einbau von Aufzügen, Duschen mit bodengleichem Einstieg und ebenerdige Türschwellen könnten den Alltag enorm erleichtern“, erläuterte Kroner.

Falls man auf externe Hilfe angewiesen sei, könne ein ambulanter Dienst den Umzug ins Pflegeheim ersparen. Die Zusammenarbeit von externen Dienstleistern und Wohlfahrtsverbänden mit Wohnungsunternehmen habe Zukunft. Projekte wie „Wohnen im Viertel“, eine Kooperation des Münchner Unternehmens GEWOFAG mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) oder die Zusammenarbeit der wbg Nürnberg GmbH mit dem lokalen Roten Kreuz-Kreisverbandes seien wegweisend, so Kroner. Gerade die sozial orientierten Wohnungsunternehmen - Wohnungsgenossenschaften, kommunale und kirchliche Wohnungsunternehmen - hätten zukünftig angesichts der drohenden Altersarmut eine besondere Bedeutung. **dhg.**

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

KOMMUNALE ENTWICKLUNG

WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Bayerische Landessiedlung[®]

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0
Fax +49 (0) 89 / 23 87-99
info@bls-bayern.de

Besuchen Sie unsere neue Website:
www.bls-bayern.de

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

„Neue Wege wagen“

Wirtschaftstag 2007 der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Rosenheim

Unter dem Motto „Neue Wege wagen“ veranstalteten die 332 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Rosenheim ihren Wirtschaftstag 2007. Dort verliehen sie den Innovationspreis „Bayerns Mittelstandsbetrieb des Jahres“. Die mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung überreichten der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl, und Erwin Huber, zu diesem Zeitpunkt noch bayerischer Wirtschaftsminister, an die Compact Dynamics GmbH in Starnberg. Das Unternehmen ist seit 20 Jahren Spezialist für die Entwicklung elektrischer Antriebe vor allem für die Automobilindustrie. Mit seinem sog. Schwungradspeicherkonzept trägt es wesentlich zur wirtschaftlichen Verbreitung der energieeffizienten Hybridfahrzeuge bei. Derzeit beschäftigt das wachsende Unternehmen über 45 Mitarbeiter.

In seiner Rede vor 1.100 Vertretern mittelständischer Unternehmen und Vorständen der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken betonte Götzl die Bedeutung des Mittelstands für die bayerische Wirtschaft: „Ländlicher Raum und Mittelstand bilden zusammen die Keimzelle der bayerischen Wirtschaft.“ Der Genossenschaftspräsident machte klar, warum der Mittelstand im Freistaat es wert sei, dass sich die Politik intensiv um ihn kümmere. Schließlich stelle der Mittelstand mehr als drei Viertel aller Arbeitsplätze sowie über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze

zur Verfügung. Zudem tätige beispielsweise das verarbeitende Gewerbe über 50 Prozent aller Investitionen in Bayern.

600.000 Firmenkunden

Götzl machte zudem deutlich, dass ein starker Mittelstand starke Banken benötige, die ihn mit ausreichenden Finanzmitteln versorgen können. Der Verbandspräsident hob dabei hervor, dass mehr als die Hälfte aller bayerischen Mittelständler bei Finanzierungsvorhaben mit einer Volksbank und Raiffeisenbank zusammenarbeiten. Insgesamt schenken 600.000 Firmenkun-

den den bayerischen Kreditgenossenschaften ihr Vertrauen.

Anspruch und Wirklichkeit

Hingegen kümmerten sich die Großbanken lieber um Großunternehmen, Private Banking und Investmentbanking, fuhr Götzl fort. Eine langfristig mittelstandsorientierte Strategie sei kaum zu erkennen. Zwar betonten sie seit einiger Zeit, sich wieder mehr um den Mittelstand zu kümmern; doch sei das Filialnetz der Geschäftsstellen auf dem Land nach wie vor dünn.

„Ohne die Existenz von öffentlichen Banken und Genossenschaftsbanken würden gerade in den ländlichen Räumen ähnliche Probleme bezüglich der Versorgung mit Finanzdienstleistungen für den Mittelstand wie im 19. Jahrhundert herrschen“, erklärte der Präsident. Zur Entlastung des Mittelstands forderte er „eine längst fällige Reform der Sozialversicherungssysteme, einen umfassenden Bürokratieabbau und die weitere Stärkung des ländlichen Raums“.

Bürokratieabbau

Unverzichtbare Strukturveränderungen wie die Abkopplung der Beiträge vom Arbeitsverhältnis, die Stärkung der Eigenverantwortung und die Verbesserung der Demographiefestigkeit müssten hierzu konsequent in Angriff genommen werden, so Götzl. Beim Thema Bürokratieabbau dränge die Zeit, denn: „Zurzeit müssen mittelständische Unternehmen bis zu sieben Prozent ihres Umsatzes für Bürokratieranforderungen aufwenden - bei in der Regel 1,5 bis 2 Prozent Umsatzrendite. Das ist Irrsinn. Doch immerhin: Die Politik hat reagiert: So will die EU bis zum Jahr 2012 zur Entlastung des Mittelstandes den nötigen Verwaltungsaufwand um 25 Prozent reduzieren. Auch die Bundesregierung will die Kostenbelastungen der Wirtschaft durch anfallende Informationspflichten bis zum Jahr 2011 um ebenfalls 25 Prozent zurückfahren.“

In die richtige Richtung weist auch die Einführung der Abgeltungsteuer, „da hierdurch der Finanzplatz Deutschland gestärkt wird und dem Abfluss von Kapitalvermögen ins Ausland entgegengewirkt werden kann“. Mit großer Sorge betrachtet Götzl jedoch die Regelung, wonach gerade nicht der Abgeltungssteuersatz, sondern vielmehr der individuelle Steu-

ersatz zur Anwendung kommt, wenn der Steuerpflichtige bei seinem Kreditinstitut neben Kapitalanlagen auch Kredite aufgenommen hat (sog. Back-to-back-Finanzierung). Der Präsident: „Die Auswirkungen dieser Regelung sind für unsere Volksbanken und Raiffeisenbanken und unsere mittelständischen Kunden untragbar. Denn falls die Regelung zur Abgeltungssteuer nicht gelten sollte, wenn beim selben Kreditinstitut sowohl Geldanlagen als auch Kreditfinanzierungen erfolgen, wird das signifikante Wanderungsbewegungen der Kunden hin zu Konkurrenzinstituten zur Folge haben.“

Hohe Lebensqualität

„Mittelständische Unternehmen tragen durch ihre Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und Flexibilität entscheidend zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns bei“, konstatierte Erwin Huber, damals noch bayerischer Wirtschaftsminister. Hinzu komme das bürgerschaftliche Engagement der vielen Mittelständler „vor Ort“. Durch Übernahme sozialer Verantwortung, z. B. in Vereinen oder bei kommunalen und kulturellen Projekten, trügen mittelständische Unternehmer in hohem Maße zur Lebensqualität in Bayern bei.

Garant für den Erfolg

Wie Huber betonte, „werden wir alles daran setzen, dem Mittelstand in Bayern beste Rahmenbedingungen zu bieten“. Die Mittelstandsfinanzierung sei dabei von zentraler Bedeutung. Die 336 bayerischen Kreditgenossenschaften stellten einen wichtigen Garant für den wirtschaftlichen Erfolg dar. Deutlich werde dies auch an der Bilanzsumme von über 100 Mrd. Euro. Die Volks- und Raiffeisenbanken leisteten mit ihrem verzweigten Filialnetz einen wesentlichen Beitrag zur flächendeckenden Finanzierung des Mittelstands. Gerade Selbständige und KMUs schätzten die Verlässlichkeit der Kreditgenossenschaften.

Effiziente Bankenaufsicht

Dass der Finanzsektor von entscheidender Bedeutung für eine dynamische Entwicklung der Gesamtwirtschaft ist, zeigten die jüngsten Turbulenzen auf den Finanzmärkten, fuhr Huber fort. Da der Bayerischen Staatsregierung sehr an optimalen Rahmenbedingungen für die Kreditgenossenschaften und den gesamten Finanzsektor gelegen sei, „ist für uns eine schlanke und effiziente Bankenaufsicht ein zentrales wirt-

schaftspolitisches Thema“. Mit Erfolg habe der Freistaat darauf hingewirkt, dass die Eigenkapitalanforderungen von Basel II den Anforderungen des Mittelstandes und kleinerer Banken angepasst wurden. Auch setze sich Bayern dafür ein, dass EU-Vorgaben in Deutschland nicht restriktiver als in anderen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden und plädiere darüber hinaus für Deregulierungen bei der Bankenaufsicht und eine sinnvollere Aufgabenabgrenzung zwischen BaFin und Bundesbank.

Wertewandel

Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, Wissenschaftlicher Leiter der BAT Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg, wies in seinem Gastvortrag darauf hin, „dass Politik und Wirtschaft sich rechtzeitig auf den sich ankündigenden Wertewandel in Richtung auf eine neue Gleichgewichtsethik einstellen und mehr fließende Übergänge zwischen Berufs- und Privatleben schaffen sollten“. Insbesondere die junge Generation befinde sich derzeit

Deutscher Bankenmarkt:

Stabil und stressresistent

Angesichts der Turbulenzen der Finanzmärkte hat der deutsche Bankenmarkt nach Einschätzung des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, in den letzten Wochen seine Stressresistenz und Leistungsfähigkeit bewiesen. „Es gilt die Formel ‚Dezentralität gleich Stabilität‘. Deshalb sind wir gut beraten, auch künftig an der Unterschiedlichkeit in unserem Bankensystem festzuhalten.“ Dies betonte Haasis bei einer Pressekonferenz seines Verbandes anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.

Kritik äußerte Haasis an den Kreditvergabestandards in den USA, besonders bei Hypotheken. Der US-amerikanische Bankenmarkt möge zwar vertriebsorientierter als der deutsche sein, er sei aber nicht stabilitäts- und sicherheitsorientiert genug. Auf Dauer würden auch die Amerikaner nicht Banken in der ganzen Welt für ihre Kurzfristorientierung und unzureichenden Standards über Forderungsausfälle und Inflationsgefahren bezahlen lassen können.

Eine der Lehren der Finanzmarkturbulzen der letzten Monate ist nach Einschätzung von Haasis, dass sich die Fähigkeit zur Beurteilung der Kundenbonität und die Bereitschaft zur Risikotragung nicht zu weit auseinander entwickeln dürften. Der sofortige Verkauf von Kreditforderungen beinhaltet einen Trend zur Verantwortungslosigkeit bei der Kreditvergabe. Banken dürften sich aber nicht nur als Risikoverteiler verstehen.

Die Kunden bringen nach Feststellung von Haasis den Sparkassen ein besonderes Vertrauen entgegen. Ein Verkauf von Kreditforderungen verträge sich damit

auf dem Wege zu einer neuen Lebensbalance. Leistung und Lebensgenuss seien für sie keine Gegensätze mehr. Ganz anders als es in den 70er bis 90er Jahren befürchtet und diagnostiziert worden war, habe sich die Einstellung der jungen Generation zu Arbeit und Leistung entwickelt: „Die befürchtete Leistungsverweigerung fand und findet nicht statt.“

Soziale Leistungsgesellschaft

Die Zukunft gehöre einer sozialen Leistungsgesellschaft, in der alle etwas leisten wollen und auch leisten können, so Opaschowski. Die künftige Leistungsgesellschaft werde gleichermaßen eine Dienstleistungs- und Hilfeleistungsgesellschaft sein. Es zeichne sich ein grundlegender Einstellungswandel zu mehr sozialer Verantwortung, zu mehr Sinn und mehr Familienorientierung ab, „der sich allerdings nur langsam entwickelt und erst nach dem Jahr 2020 demografische Veränderungen oder gar einen Baby-Boom auslösen wird“.

DK

Sparkassen-Kreditbasket IV gestartet

Frankfurt/München - Mit einem Gesamtvolumen von 196,1 Mio. Euro startete die erste bundesweite Kreditpooling-Transaktion in der Sparkassen-Finanzgruppe, der Sparkassen-Kreditbasket IV (S-KB IV). Das Transaktionsvolumen setzt sich zusammen aus 119 deutschen mittelständischen Kreditrisiken, die von 47 Sparkassen aus dem ganzen Bundesgebiet eingebracht wurden. Die den Kreditrisiken zugrunde liegenden Kredite bleiben im Bestand der Sparkassen und die Kreditbeziehung zum Kunden wird nicht tangiert. Die Laufzeit der Transaktion beträgt fünf Jahre.

Als Arrangeure der Transaktion haben BayernLB, Helaba, HSH NORDBANK, LBBW, NORD/LB, SaarLB, Sachsen LB und WestLB AG die Akquisition und Betreuung der Sparkassen in den Regionen durchgeführt. BayernLB und Helaba übernehmen darüber hinaus als Administratoren die Verwaltung und Abwicklung des Baskets. Der aktuell aufgelegte S-KB IV weist als wichtigste Neuerung die bundesweite Ausdehnung der Transaktion auf. Unter Beteiligung von zehn regionalen Sparkassenverbänden haben die Landesbanken gemeinsam Adressrisiken von Sparkassen im S-KB IV gebündelt.

Abbau von Risiken

Als Risikosteuerungsinstrument bietet das Kreditpooling

die Möglichkeit, adressenspezifische Konzentrationsrisiken abzubauen. Die teilnehmenden Sparkassen können nach Bedarf Adressrisiken mittels Kreditderivaten absichern und/oder in die diversifizierte Adressrisiken des Baskets investieren.

Steigerung der Effizienz

Eine Risikodiversifikation des Kreditportfolios ist gerade für regional tätige Sparkassen unverzichtbar. Um die erforderliche Marktpräsenz vor Ort zu unterstützen, ist daher das Ziel, das Diversifikationspotenzial innerhalb der S-Finanzgruppe durch Basket-Transaktionen verstärkt zu nutzen. Durch eine Ausweitung des Kreises der beteiligten Sparkassen und des Volumens kann die Effizienz weiter gesteigert werden. □

"Endlich hab ich absolute Redefreiheit in alle Netze.*"

Neu!

Mit der BASE Flatrate telefonieren Sie für 90€ im Monat:*

- unbegrenzt
- kostenlos
- in alle Netze*

BASE

Die neue Redefreiheit

Suchen Sie sich die Flatrate aus, die zu Ihnen passt. www.BASE.de, 01802-776 000* und in allen E-Plus Shops.

*Dieses Angebot gilt nur bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages mit der E-Plus Service GmbH & Co. KG im Tarif BASE 5 mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit, einmaliger Anschlusspreis 25 €, monatlicher Paketpreis 90 € für innerdeutsche Gespräche in alle Netze (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). SMS in alle deutsche Mobilfunknetze kosten 0,19 € pro SMS (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). Dual- oder Tribandhandy erforderlich; Handy ggf. freischalten bzw. SIM-Lock-Sperre aufheben lassen; dafür fallen ggf. Kosten an. **0,06 €/Anruf aus dem Festnetz der T-Com.

Die Flucht aus dem Vergaberecht...

Von Klaus Heller, Bayernrund

Immer öfter werden den Kommunen PPP-Modelle angeboten, die mit dem lockenden Angebot verknüpft sind, damit könne die Bindung an das Vergaberecht ausgeschaltet werden. Um es gleich vorweg zu nehmen: Dies ist nicht möglich! Die Erfahrung zeigt, dass hier nicht immer richtig informiert wird.

Manche „PPP-Partner“ beraten zu höchst komplexen juristischen Fragen, obwohl weder Befähigung noch Legitimation zur Rechtsberatung vorhanden sind. Fachlich handelt es sich meist um Projektsteuerer oder sog. „Baubetreuer“, welche sich in erster Linie für die Akquisition von Bauaufträgen interessieren, weniger jedoch ihrem kommunalen Partner eine kompetente Unterstützung bieten können.

Sachkompetenz der kommunalen Spitzenverbände nutzen

Sollte die Kommune wirklich ein PPP-Modell verfolgen, sollte sie sich schon frühzeitig von einem zur Rechtsberatung zugelassenen Experten beraten lassen, der wirklich im Lager der Kommune steht und sollte darüber hinaus die hohe Sachkompetenz der kommunalen Spitzenverbände - gerade auch in dieser Frage - nutzen. Dabei müssen neben den vollmundig angepriesenen Vorteilen auch Nachteile und Risiken hinterfragt und abgewogen werden, bevor eine Entscheidung in Richtung PPP getroffen wird.

„Brot und Butter-Investitionen“

Damit kein Missverständnis auftritt: Nicht die PPP-Modelle im Bereich des Autobahnbaus, Tunnelbaus, bei Kongresszentren oder Justizvollzugsanstalten sollen hier behandelt werden, sondern die sog. „Brot und Butter-Investitionen“ der durchschnittlichen Kommune bei Schulen, Turnhallen, Rathäuser, Feuerwehrhäuser, Bauhöfe und sonstige Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur. Schon zur Vermeidung von falschen Er-

wartungshaltungen sollte vorab geklärt werden, ob der Begriff „PPP“ für diese bei kleineren Projekten häufig angebotenen Vertragslösungen überhaupt passt. Gerne verwenden die Anbieter wohlklingende Anglizismen mit wenig inhaltlicher Aussagekraft, um als „innovativer Vertragspartner“ mit „individuell zugeschnittenen Vertragsmodellen“ besser ins Geschäft kommen zu können. Bei genauer Analyse der Leistungen handelt es sich dann aber trotz der kreativen Wortschöpfungen oft um eine schlichte Baubetreuungs- und Finanzierungsdienstleistung. In Wahrheit ist dies wohl eher ein Etikettenschwindel, und eine Kommune sollten hinterfragen, ob sie derartige Dienstleistungen wirklich braucht.

Vorteile zugunsten der Kommune

Bei Public-Private-Partnership handelt es sich um einen schillernden Begriff, welcher in den verschiedensten Zusammenhängen verwendet wird und unterschiedlichste Inhalte transportiert, so etwa Leasing-, Fonds-, Vorfinanzierungs-, Dienstleistungs-, Betreiber-, Pacht-, Kooperations- oder privat finanzierte Vergabe-Modelle. Ungeachtet der Benennung des Vertrages sollte ein PPP-Modell nach seinem tatsächlichen Inhalt mindestens einen der beiden folgenden Vorteile zugunsten der Kommune aufweisen, damit es seinem Namen gerecht wird:

1. Ergänzung bzw. Ersetzen öffentlicher Mittel durch den Einsatz privater Mittel des Partners.
2. Risikoübertragung bzw. Risikoteilung zugunsten der Stadt.

Bringt also der private Partner bei genauer Vertragsanalyse für das avisierte Projekt weder eige-

ne Finanzmittel mit, noch übernimmt er im Ergebnis irgendein Risiko hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Haftung, Mängelwahrleistung, Bauzeiten etc., sollte der Begriff PPP schon der Glaubwürdigkeit halber zurückgewiesen werden.

Ohne VOB können wir jedoch nachverhandeln!?

Besonders interessant wirkt das Argument manch wenig seriöser Unternehmen zum angepriesenen PPP-Modell, dass so durch rechtliche Konstruktionen das Vergaberecht ausgeschaltet werden könnte. „Wir können nachverhandeln“. „Wenn nach VOB ausgeschrieben wird, wird es teurer“ heißt es. Der sog. PPP-Partner könne auch ohne VOB tätig werden und auch sonst als privater Maßnahmeträger ohnehin wirtschaftlicher und kostengünstiger arbeiten. Das Honorar, bestehend etwa aus einem Anteil aus dem erzielten Preisnachlass beim „Nachverhandeln“, sowie einer Vergütung nach Zeitaufwand, würde ohne weiteres „überkompensiert“.

Gefahr von Preisabsprachen

Die Behauptungen dieser Anbieter sollten von den Kommunen nicht blauäugig übernommen werden. Rechtlich ist die Nicht-Anwendung der VOB/A durch die kurz skizzierten sog. „PPP-Modelle“ unzulässig. Dessen ungeachtet sollte die Kommune wissen, dass sie damit auch auf Vorteile verzichtet, welche ihr eine öffentliche Ausschreibung bietet. Insbesondere wird dadurch eine sehr transparente Möglichkeit geschaffen, die „echten“ Preise verschiedener Bieter wirklich vergleichen zu können. Überlässt man dabei diesem vermeintlichen PPP-Partner die freihändige Vergabe, mag man stolz darauf sein, wie dieser beim sog. Nachverhandeln im Beisein des Bürgermei-

sters einen tollen Preisnachlass erzielt hat. Ob der „Partner“ mit dem Bauunternehmen nicht schon „vorverhandelt“ hat, wird die Kommune mitunter nie erfahren. Sie ahnt es nicht einmal! Der Gefahr von Preisabsprachen zu Lasten der Kommune sind so Tür und Tor geöffnet. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Vorgehensweise trägt nicht der so genannte „PPP-Partner“, sondern der Bürgermeister, der Stadt- und Gemeinderat, die Verwaltung und letztendlich wir alle als Steuerzahler.

Das Generalübernehmermodell

Gerne wird von sog. PPP-Partnern dargelegt, dass bei der Einschaltung eines sog. „Generalübernehmers“ das Vergaberecht auch beim Überschreiten der Schwellenwerte nicht erforderlich sei. Mit dieser Begründung wird ein Modell vorgeschlagen, wonach sich der Unternehmer rechtlich gegenüber der Kommune zur Erbringung einer Bauleistung verpflichtet, diese indessen komplett von Subunternehmern ausführen lässt. Sämtliche Schadenersatz- und Gewährleistungsansprüche der Kommune gegen den PPP-Partner werden ausgeschlossen. Dafür tritt dieser seine Ansprüche gegen den Subunternehmer an die Kommune ab.

Falsche Behauptung

Die Vergabe von Bauleistungen an Unternehmen, die nicht die Absicht oder die Mittel haben, die Bauarbeiten selbst auszuführen, ist grundsätzlich nach der VOB/A unzulässig. Die Behauptung, Generalübernehmer-Verträge seien nicht auszuschreiben, ist schlichtweg falsch.

Abenteuerliche Beispiele

In der Praxis finden sich abenteuerliche Beispiele zur Falschdeklarierung von Bauverträgen. Die Vergabe von Kanalsanierungsarbeiten an ein Projektsteuerungsbüro (bei vollständiger Weiterbeauftragung der Leistung an Subunternehmer) ist auch dann selbstverständlich auszuschreiben, wenn der Vertrag als „Sanierungsträgerschaft“ bezeichnet wird. Die Verpflichtung zur Errichtung eines Friedhofes samt Aussegnungshalle kann ebenso wenig Gegenstand eines Erschließungsvertrages (!) sein, wie die Erstellung einer Kläranlage oder eines Feuerwehrhauses. Die bloße Bezeichnung eines Vertragsverhältnisses als „Trägerschaft“ oder „Baubetreuungsvertrag“ entbindet nicht von der Ausschreibungsverpflichtung. Die regelmäßige Nicht-Anwendung der VOB bietet diesem „PPP-Partner“ zumindest die Möglichkeit,

tenSPORT zu übertragen und die jährliche Teilnehmerzahl beim Deutschen Sportabzeichen weiter zu steigern. Bereits in diesem Jahr soll die magische Grenze von einer Million erreicht werden. Die Sparkassen werden ihre zahlreichen Kontakte zu Sportvereinen, Schulen und Unternehmen nutzen, um noch mehr Menschen zum Sportabzeichen zu motivieren. Im kommenden Jahr wird die Sparkassen-Finanzgruppe einen Wettbewerb ins Leben rufen und diejenigen Vereine, Schulen, Hochschulen und Unternehmen auszeichnen, die bezogen auf ihre Mitglieder- bzw. Teilnehmerzahl die meisten Sportabzeichen abgelegt haben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Haasis: „Der Breitensport erfüllt in Deutschland wichtige Aufgaben. Für die Sparkassen-Finanzgruppe stehen dabei der Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Lebensqualität in den Regionen im Vordergrund. Unsere regional verankerten Kreditinstitute tragen entscheidend zu einem bestmöglichen Lebensumfeld der Bundesbürger bei.“

Herbstbilanz der LfA Förderbank:

Bayerns Mittelstand heiß auf Förderkredite

Öffentliche Finanzierungshilfen waren in den ersten neun Monaten 2007 heiß begehrt: 996 Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten hat die LfA Förderbank Bayern in ihrem Kernfördergeschäft vergeben - das sind rund 45 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Besonders stark wuchs die Finanzierungsnachfrage bei Wachstumsvorhaben. Mit 494 Millionen Euro übertrifft das Volumen die Vorjahreszahlen um gut 50 Prozent.

booms sagt LfA-Chef Michael Schneider: „Die Unternehmen wollen jetzt im Konjunkturchoch in ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit investieren. Hierzu brauchen die kleineren



LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider.

Bayerns neue Wirtschaftsministerin Emilia Müller zeigte sich erfreut: „Die starke Nachfrage nach den Finanzierungshilfen der LfA zeigt, dass der Konjunkturmotor in Bayern weiter kräftig läuft. Mit ihren attraktiven Angeboten trägt die LfA wesentlich dazu bei, die Investitionstätigkeit gerade der kleinen und mittleren Unternehmen nachhaltig zu stärken.“

Zu den Gründen des Förder-

Mittelständler in vielen Fällen öffentliche Finanzierungshilfen. Unser Angebot aus zinsgünstigen Darlehen in Verbindung mit Risikoentlastungen kommt deshalb gut an.“

Die meisten Finanzierungsanträge kamen vom Handwerk, gefolgt von den Bereichen Handel und Freie Berufe. Für 2007 erwartet die LfA ein insgesamt erneut wachsendes Fördergeschäft.

dort Geld zu verdienen, wo es eine Kommune nicht sehen kann. Wie heißt es doch im Volksmund: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Warum soll dieser Satz nicht auch da gelten, wo es um meist viel Geld geht? Auch wenn die nachfolgende Feststellung profan ist, ist festzustellen, dass alleine der Inhalt eines Vertrages entscheidend ist, und nicht die Überschrift.

Risiken und Rechtsprobleme kaum abschätzbar

Die Europäische Kommission möchte im Rahmen der anstehenden Revision der EU-Rechtsmittelrichtlinien eine Verschärfung der rechtlichen Konsequenzen bei Missachtung des Vergaberichtes erreichen. Auch ungeachtet von Rechtsmitteln übergangener Konkurrenten sollen Kommunen verpflichtet werden, Verträge rückgängig zu machen, welche unter rechtswidriger Ausschaltung des Vergaberichtes ab-

geschlossen wurden. Die damit verbundenen Risiken und Rechtsprobleme sind kaum abschätzbar. Auf gar keinen Fall sollte die Kommune die Rechtsausführungen des zunächst aus reinem Eigeninteresse handelnden „PPP-Partners“ ungeprüft übernehmen.

Fahrt über rote Ampel

Erfüllt ein PPP-Partner die eingangs genannten Kriterien (Einsatz privater Mittel und Risikoübertragung bzw. Risikoteilung) nicht, und verspricht er darüber hinaus vertragliche Konstruktionen, die das Vergabericht ausschalten, so verführt er Kommunen zu einer Fahrt über eine rote Ampel, ohne - um in diesem Bild zu bleiben - das Risiko eines Strafmandats tragen zu müssen, jedoch mit der Chance, als Beifahrer dort Geld zu verdienen, wo es der Fahrer nicht einmal ahnt! Ist das nicht ein Grund, sich seinen Beifahrer näher anzuschauen?

Sparkassen-Finanzgruppe ist neuer Olympia Partner

Die Sparkassen-Finanzgruppe ist neuer Olympia Partner des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und wird als nationaler Sponsor für die Olympischen Spiele 2008 in Peking, 2010 in Vancouver und 2012 in London die deutschen Top-Athleten unterstützen. „Die Olympia-Mannschaft steht wie kein anderes Team für Leistung und Dynamik. Sie ist das Aushängeschild der Bundesrepublik Deutschland. Als größte, in Deutschland ansässige Kreditinstitutsgruppe passt die Olympia-Partnerschaft daher besonders gut zur Sparkassen-Finanzgruppe. Wir ergänzen damit unser gesellschaftliches Engagement im Breitensport und bei der Nachwuchsförderung und nutzen den Rückenwind für einen starken Auftritt im Markt“, sagte Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung.

Dr. Thomas Bach, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), hob hervor: „Die Sparkassen-Finanzgruppe ist in ihrer Partnerschaft mit dem DOSB sowohl im Breitensport als auch im Spitzensport engagiert. Durch ihre Unterstützung für das Deutsche Sportabzeichen, die Eliteschulen des Sports und als Olympia Partner ist die Sparkassen-Finanzgruppe der erste alle Bereiche umfassende Partner des deutschen Sports.“

Deutlicheres Profil

Die Partnerschaft mit dem DOSB gibt dem Sportförderengagement der Sparkassen-Finanzgruppe ein noch klareres Profil. Die bedeutendsten Berei-

che sind der Breitensport, der in der neuen Partnerschaft durch das Deutsche Sportabzeichen vertreten ist. Daneben stehen die Nachwuchsförderung, vertreten durch die Förderung der Eliteschulen des Sports sowie die Spitzensportförderung, die in der Kooperation mit dem DOSB durch die Partnerschaft mit der Deutschen Olympia Mannschaft abgedeckt wird.

Sparkassen steigern die Lebensqualität in den Regionen

Ab 2008 ist die Sparkassen-Finanzgruppe „Offizieller Förderer des Breitensports“ und zielt gemeinsam mit dem DOSB darauf ab, den olympischen Gedanken auf den Brei-

Gute Aussichten

mit einem starken Partner bei kommunalen Investitionen

Die Investitionen von heute bestimmen die Entwicklung Ihrer Kommune in der Zukunft. Auch für Ihre Projekte haben wir die richtige Finanzierungslösung.

Einige aktuelle Beispiele:

- Hochwasserschutz
- Seniorenheim
- Energetische Sanierung
- Photovoltaik
- Wasserhochbehälter
- Turnhalle ...

Interessiert? Rufen Sie uns an:
Telefon 089 2171-21925
www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Energieforum der Sparkasse Schrobenhausen:

Oberflächennahe Geothermie im Fokus

Wichtige Anstöße zur Energieeinsparung gab das diesjährige Energieforum der Sparkasse Schrobenhausen, in dessen Mittelpunkt die oberflächennahe Geothermie stand. Den zahlreichen Besuchern wurden neben technischen Informationen die Möglichkeiten finanzieller Förderung bei Investitionen in umweltschonende Heizsysteme vorgestellt.

Vor Jahren bereits schrieben sich die Sparkasse Schrobenhausen und Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer die Frage nach ökologisch ausgerichteten Systemen auf ihre Fahnen. Bereits mehrfach lud man Hausbesitzer und kommunale Mandatsträger ein. Seither hat die Sparkasse viele Projekte begleitet und finanziert.

Wolfgang Eppinger vom IHV

Ingenieurbüro für haustechnische Versorgung stellte eingangs das Prinzip der oberflächennahe Geothermie vor. In der Regel werden laut Eppinger in den Boden Leitungen für einen geschlossenen Wasserkreislauf eingebaut, die dann Erdwärme aufnehmen. In Verbindung mit einer Wärmepumpe, die nach dem Prinzip des Kühlschranks funktioniert, könne die Anlage sowohl heizen als

auch kühlen. Neben der Schadstoffreduzierung gebe es eine Reihe weiterer Vorteile: Man benötige weder einen Heizraum, noch ein Brennstofflager und auch keinen Kaminkehrer. Zwar koste die Installation der Anlage Geld, doch würden die Energiekosten sofort geringer und die Anlage amortisiere sich in der Regel binnen zehn Jahren.

Vier Versionen

Eppinger stellte vier Versionen der oberflächennahen Geothermie vor: den Flächenkollektor, die Erdwärmesonde und den Erdwärmekorb sowie die Nutzung des Grundwassers. Der Bau der Anlage sei abhängig von der Bodenbeschaffenheit, und gerade hier seien in der Vergangenheit vielfach Fehler gemacht worden, betonte Eppinger, der auch dringend dazu aufforderte, die hydrogeologischen Voraussetzungen auf das genaueste zu untersuchen und dann die Parameter zu einem optimalen Konzept zusammenzuführen.

„Die optimale Finanzierung in

Verbindung mit Förderprogrammen bei Energiesparmaßnahmen“ präsentierte Hans Dorner, Leiter der Kreditabteilung für Privatkunden in der Sparkasse Schrobenhausen. Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen gibt es Dorner zufolge in erster Linie von der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW; über die Sparkasse werde das Verfahren abgewickelt. Für Neubauten wurden die Konzepte KfW-Energiesparhaus 60 und 40 oder auch Passivhaus definiert, womit transparente Kriterien geschaffen worden seien. Die Kredite hätten lange Laufzeiten und seien durch zehn Jahre Zinsfestschreibung kundenfreundlich. Auch die Modernisierung von Heizsystemen werde durch Zuschüsse und langfristige Zinsverbilligung gefördert. Wichtig sei, die einzelnen Verfahrensschritte genau einzuhalten, also vor Baubeginn den Antrag zu stellen und hinterher die Abnahme und die Bestätigung der ausgeführten Maßnahmen ausführen zu lassen.

Eine zusätzliche Finanzierungsunterstützung im Energiesparbereich, so Dorner, bilde auch der Handwerkerkredit der Sparkasse Schrobenhausen. Hier erhält jeder Investor einen Sparkassenkredit mit 0,5 Prozent Zinsverbilligung. Zudem würden kommunale Förderprogramme wie Invest 21 in Schrobenhausen angeboten. **DK**



Geothermie ist ein umweltschonendes Heizsystem. In der Sparkasse informierten darüber (v. l.) Hans Dorner, Wolfgang Eppinger und Sparkassen-Vorstand Thomas Schwarzbauer. □

Privatisierungsmöglichkeiten in der Wasserversorgung:

Zwischen Ausverkauf und Zukunftsgestaltung

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Die Wasserversorgung in Deutschland steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Die Bundesregierung hat den Investitionsbedarf allein für die Rohrleitungsnetze bis 2020 auf bis zu 250 Milliarden Euro geschätzt. Bislang befindet sich die Wasserversorgung überwiegend in der Hand der Kommunen. Es stellt sich jedoch die Frage, in welchem Umfang Private künftig in die Versorgung einbezogen werden müssen. Antworten darauf gaben bei einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München Hans Schaidinger, Präsident des Bayerischen Städtetags und Oberbürgermeister von Regensburg, sowie Dr. Angelika Emmerich-Fritsche, Privatdozentin an der Universität Erlangen.

In einer Einführung wies Schaidinger darauf hin, dass man noch vor zehn Jahren der Ansicht gewesen sei, dass Privatisierung sowieso besser sei als kommunale Aufgabenwahrnehmung. Heute sei die Euphorie zwar nicht mehr so groß, jedoch bewege die Debatte um die Privatisierung die Kommunen derzeit sehr stark. Bereits im Jahr 2000 habe der bayerische Städtetag eine Resolution mit folgenden Kernpunkten verabschiedet: **1.** Im Interesse der Bürger soll auf die Grundversorgung Einfluss genommen werden. **2.** Die Versorgung der Menschen mit Wasser darf nicht kurzfristigen Marktkräften überlassen werden. **3.** Die EU muss in ihrer Regelungstätigkeit auf die gewachsenen Versorgungsstrukturen Rücksicht nehmen. Diese drei Thesen seien heute noch aktuell, betonte Schaidinger. Die Kommunen hätten einen Sicherstellungsauftrag, zum Beispiel bei den Krankenhäusern.

Sorgfaltspflicht

Zwar sei er kein Gegner von Liberalisierung und Privatisierung per se, erklärte der Städtetagschef, doch müsse beim Thema Wasser die Frage nach der spezifischen Eigenheit der Wasserversorgung gestellt werden. Schließlich gehe es hier um den Schutz eines existenziellen Grundnahrungsmittels. Bei dieser Aufgabe habe der Staat eine besondere Sorgfaltspflicht und dies sei der entscheidende Unterschied zu anderen Versorgungsthemen wie zum Beispiel Strom.

Laut Schaidinger schreibt die bayerische Verfassung vor, dass die Aufgabe der Wasserversorgung nicht vollständig auf ein privates Unternehmen übertragen werden darf. Jeder soll in der Lage sein, mit gutem Wasser versorgt zu werden. Eine dezentrale Form sei zwar noch kein Erfolgsgarant an sich, „jedoch ist die überwiegende Zahl der Kommunen in Bayern mit ihrer Investition in die Wasserwerke à jour“ so der Städtetagsvorsitzende. In Bayern sei eine „quasi flächendeckende Versor-

gung“ gegeben. 95 % des bayerischen Wassers stamme aus Grundwasser und aus Quellen. Schaidinger: „Wir haben hier viel weniger Fernwasser und Oberflächenwasseraufbereitung als in anderen Bundesländern. Auch das ist ein Vorteil dezentraler Strukturen. Das bayerische Trinkwasser hat häufig Mineralwasserqualität.“

Gegen Liberalisierung

Der Städtetag trete dafür ein, dass die Kommunen auch in Zukunft so viel Spielraum genießen, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Privatisierung sei außerdem zum Teil schon vorhanden. Man wehre sich nicht grundsätzlich dagegen. Die Kernbotschaft laute: „Privatisierung ja, Liberalisierung nein!“ Die Verantwortung der Kommunen müsse bleiben, weil sie sie gegenüber den Bürgern wahrnehmen wollen. Schaidinger: „Es gibt also auch heute noch Felder, wo man eigentlich nichts ändern muss. Diejenigen, die noch nicht gut genug sind, müssen Anreize bekommen, damit sie besser werden. Die, die es schon gut machen, sollen weiter machen wie bisher.“

Frage der Rechtmäßigkeit

Dr. Angelika Emmerich-Fritsche verwies ihrerseits darauf, dass allgemein eine Privatisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung nur dann rechtmäßig ist, wenn sie von den Privaten nicht nur für die Gemeinde kostengünstiger, sondern auch hinsichtlich Qualität, Versorgungsgrad und Nutzungsentgelt „mindestens ebenso gut“ erledigt wird. Private verfolgten anders als die Kommunen keinen öffentlichen Zweck, sondern Gewinne, die sie anders als die Kommunen auch einkalkulieren dürfen. Wegen der Kostenintensität der Wasserversorgung könnten diese nur durch Preissteigerungen, Qualitätsminderungen oder Effizienzverbesserungen erzielt werden. Effizienzverbesserung verlange nicht nur Stellenabbau,

Neues aus dem Untergrund

LfU veröffentlicht wichtige neue hydrogeologische Karten für die Planungsregion Landshut

Neues aus dem Untergrund in Niederbayern: Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hat neue hydrogeologische Karten für die Gebiete der Planungsregion Landshut veröffentlicht. In den vergangenen Jahren hatten Hydrogeologen des Landesamtes und die beauftragten Fachleute dort Inventur gemacht. Die Ergebnisse liegen nun in der neuen Veröffentlichung vor und sind auch digital verfügbar.

Rund 3800 Quadratkilometer groß ist das Gebiet und umfasst die Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Stadt und Landkreis Landshut und Teile des Landkreises Kelheim. Für diese Region liegen nun erstmals flächendeckend detaillierte Informationen über das Grundwasser vor: Fünf Karten und ein Textband erläutern, wo und in welcher Tiefe Grundwasser vorzufinden ist, in welcher Richtung es sich bewegt, wie gut es durch den darüberliegenden Boden geschützt und wie es chemisch zusammengesetzt ist. Die neue hydrogeologische Karte ist Teil der geowissenschaftlichen Landesaufnahme und eine wichtige Grundlage für

sondern auch die Bildung größerer Versorgungseinheiten, die das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen antasten und möglicherweise negative Auswirkungen auf die Wasserqualität haben können (Vermischung, lange Wege).

Erforderliche Prüfung

Bevor Privatisierung als Finanzierungsweg gewählt wird, sei zu prüfen, ob die öffentlichen Konditionen für Kredite nicht günstiger sind, gab Frau Emmerich-Fritsche zu bedenken. Jede Privatisierung vermindere die Verantwortung und Kontrolle der Gemeinden hinsichtlich der unaufgebaren Trinkwasserversorgungsaufgabe. Am geringsten sei der Kontrollverlust bei der formellen Privatisierung. Nach einer funktionalen Privatisierung verfüge die Gemeinde nur noch über subsidiäre Einrichtungsverantwortung im Sinne einer Gewährleistungsverantwortung.

Die Aufgabenverantwortung der Gemeinde sei insbesondere durch die Auswahl eines zuver-

Kommunen, Planer, Fachbehörden und Fachbüros.

Fast 25.000 Objekte wie Quellen, Brunnen und Grundwassermessstellen wurden in der Region und im weiteren Arbeitsgebiet erfasst und bewertet. Mehr als 150 Bohrungen wurden zusätzlich dort niedergebracht, wo die bis dahin vorliegenden Informationen nicht ausreichten. Über 700 Pumpversuche und mehr als 3000 Grundwasserstandsmessungen wurden durchgeführt und ausgewertet, um die Fließgeschwindigkeit und Fließrichtung des Grundwassers zu ermitteln und die Durchlässigkeit der Gesteinsschichten zu berechnen. □

lässigen Betreibers sowie durch angemessene Einfluss- und Rückholmöglichkeiten der Gemeinde sicherzustellen (vertragliche Regelungen). Mangels gesetzlicher Vorgaben hingen die Aufgabenverantwortung der Gemeinde und damit die Rechtmäßigkeit der funktionalen Privatisierung entscheidend von der jeweiligen Ausgestaltung der Verträge mit den Privaten ab. Erbringe der Betreiber die Leistung nicht oder nicht ausreichend, sei die Kommune auf gerichtlichen Rechtsschutz angewiesen.

Alternative zu PPP

Das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) sehe als Alternative zu PPP eine institutionalisierte öffentlich-private Zusammenarbeit vor, die Rechtssicherheit bietet und den kommunalen Einfluss sicherstellt sowie gleichzeitig effizientere Unternehmenssicherheiten ermöglicht. Durch Benchmarking könne die Effizienz der kommunalen Unternehmen zusätzlich gesteigert werden, betonte die Referentin abschließend. **DK**

Bayern forciert Kampf gegen Hochwasser

Im Allgäu wurden zwei neue Rückhaltebecken und der erste Flutpolder Bayerns eingeweiht

Nach den schweren Überschwemmungen in der jüngeren Vergangenheit kommt in Bayern der Hochwasserschutz voran. Der erste Flutpolder Bayerns ist von sofort an einsatzbereit. Damit steht für den Hochwasserfall ein Rückhalteraum für mehr als 6 Millionen Kubikmeter Wasser als Zwischenspeicher zur Verfügung, und zwar sogar ein Jahr früher als geplant.

„Das ist ein Quantensprung für die Hochwasser-Sicherheit an der Oberen Iller bis hinunter nach Neu-Ulm an der Donau, einem der am meisten hochwassergefährdeten Gebiete Bayerns“, erklärte Werner Schnappauf, zu diesem Zeitpunkt noch Umweltminister, bei der Inbetriebnahme des Flutpolders Weidachwiesen im Seifener Becken zwischen Immenstadt und Kempten. Und in Eppishausen im Unterallgäu schützen zwei neue Rückhaltebecken die Menschen vor Hochwasser.

Wasser- und Verkehrsflut gebändigt

Bei Starkregenereignissen machen die schnell anschwellenden Wildbäche des Allgäus die schwäbische Iller in kürzester Zeit zur reißenden Flut. Mit dem Polder ist von nun an bei einem Hochwasser wie 2005 der Pegel in Kempten einen halben Meter niedriger. Der Hochwasserschutz an der Oberen Iller ist eines der größten Hochwasserschutzprojekte in Bayern und kostet insgesamt 100 Millionen Euro, der Flutpolder selbst 40 Millionen Euro. „Gleichzeitig mit der Wasserflut wird auch die Verkehrsflut gebändigt“, erwähnte Schnappauf. Mit dem Polderbau wird die B 19 verlegt und, vierstreifig ausgebaut, auf dem Absperrdamm an der Iller verlaufen.

Sieben geplante Flutpolder

Das Seifener Becken ist der erste von insgesamt sieben geplanten Flutpoldern in Bayern und wesentlicher Teil des bayerischen Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020. Schnappauf erläuterte dazu: „Mit den Poldern können gefährliche Hochwasserspitzen gekappt werden. Man zieht quasi den Stöpsel aus dem Deich und lässt Flusshochwasser in ein speziell vorbereitetes Becken laufen. Der Flusspegel sinkt und mit ihm das Überflutungsrisiko für unterhalb liegende Deiche.“

Dringliche Anpassung

Im Endausbau stehen mindestens 30 Millionen Kubikmeter neue Rückhaltekapazitäten in Bayern zur Verfügung. Der rasante Klimawandel macht die Anpassung dringlich, denn am Alpenrand ist deutlich mehr Hochwasser zu erwarten. So ist im Allgäu im Winter mit bis zu 20 Prozent mehr Niederschlagsmenge, hauptsächlich als Regen zu rechnen. Auch Starkniederschläge im Winter könnten sogar

um bis zu 35 Prozent zunehmen. Schnappauf appellierte an die von der Polder-Planung betroffenen Grundstückseigentümer, Solidarität mit den anderen Fluss-Anliegern zu üben. Landwirtschaftlich genutzte Flächen könnten weiter bewirtschaftet werden. Bei großem Hochwasser mit Flutung der Flächen werde der Schaden ersetzt.

Mehr Regen im Winter

Auch die zwei neuen Rückhaltebecken bei Eppishausen im Landkreis Unterallgäu sind Teil des Bayerischen Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020, bei dem insgesamt 2,3 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz von zusätzlich 300.000 Menschen investiert werden. Denn der Klimawandel werde im Sommer mit Starkregenereignissen das Hochwasserrisiko deutlich erhöhen, sagte Schnappauf. Nachfolger Otmar Bernhard bei der offiziellen Einweihung des großen Beckens südlich von Eppishausen. Und auch im Winter sei künftig mit wesentlich mehr Regen zu rechnen.

Ökologischer Gewässerausbau

Eppishausen wurde in den letzten Jahren mehrfach bei Starkregenereignissen überflutet. 2002 standen die Fluten des Haselbachs sogar eineinhalb Meter hoch. Die Rückhaltebecken mit einem Volumen von 165 000 Kubikmeter konnten innerhalb eines Jahres verwirklicht werden. Gekoppelt ist das Projekt mit einem ökologischen Gewässerausbau am Haselbach. Das Projekt kostet 1,25 Millionen Euro.

Weitere Schwerpunkte des Aktionsprogramms

Um die Hochwasserwellen zu bremsen, wird jetzt mehr natürlicher Rückhalt in der Fläche aktiviert. Weitere Schwerpunkte des Aktionsprogramms sind der technische Hochwasserschutz mit einem Ausbau von Deichen, Rückhaltebecken und Poldern und die Hochwasservorsorge durch Freihaltung von Überschwemmungsgebieten und frühzeitige Warnungen. Angesichts der zunehmenden Hochwassergefahr appellierte Bernhard an alle Hausbesitzer, eine Elementarschadenversicherung abzuschließen. „97 Prozent aller Anwesen in Bayern sind versicherbar. Das ist die Chance für eine bessere Absicherung, die man unbedingt ergreifen sollte“, betonte er. **dhg.**



Gaben den Startschuss zur Entstehung des neuen Lechmuseums Bayern - von links: Paul Waning (LEW-Vorstandsmitglied), Dr. Gerd von Laffert (Ministerialrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium), Karl-Heinz Jahn (Bürgermeister von Langweid), Ulrich Kühnl (LEW-Vorstandsmitglied) sowie Dr. Olaf Heil (Geschäftsführer Bayerische Elektrizitätswerke GmbH BEW).

LEW plant Lechmuseum in Langweid

Die Lechwerke (LEW) werden im kommenden Jahr das „Lechmuseum Bayern“ einrichten. Standort ist das Wasserkraftwerk Langweid, in dem bisher bereits ein Wasserkraft-Infozentrum untergebracht war. Dr. Olaf Heil, Geschäftsführer der zuständigen LEW-Tochtergesellschaft Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), stellte das Konzept für das „Lechmuseum Bayern“ am Freitagnachmittag während der Festveranstaltung „100 Jahre Wasserkraftwerk Langweid“ erstmals öffentlich vor.

Geplant ist ein modernes, interaktives Museum und Kommunikationszentrum, das über das Konzept eines reinen Werkmuseums hinausgeht. Gemeinsam mit Partnern aus Politik, Kultur und Tourismus soll die neue Einrichtung auch überregional in der Museumslandschaft verankert und zu einem Anziehungspunkt vor den Toren Augsburgs werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf eine professionelle museumspädagogische Aufbereitung gelegt.

Themenschwerpunkte

Das „Lechmuseum Bayern“ soll sich an alle Besucher richten, die sich sowohl für Kraftwerkstechnik als auch für die Entwicklung des Lechs im Kontext von Umwelt, Kultur und industrieller Nutzung interessieren. Die Themenschwerpunkte im Überblick:

- Unternehmen Lechwerke: Geschichte, Aufgabe, regionale Ver-

sorgung, Einbindung ins globale Netzwerk

- Strom aus Wasserkraft: Funktionsweise Wasserkraftwerk, Stärken der Wasserkraft, Klimaschutz
- Strom allgemein: Grundlagen der Elektrizität, physikalische Grundlagen, Verbrauch
- Lech als Naturraum: Geologie und Geographie, Arten- und Klimaschutz, Flora und Fauna
- Lech allgemein: Historisches, der Fluss als Sprach-, Kultur- und Landesgrenze, als Wirtschaftsfaktor und als Wasserstraße.

Historischer Ort

Das „Lechmuseum Bayern“ entsteht an einem historischen Ort: Vor genau 100 Jahren, Ende 1907, erzeugte das Wasserkraftwerk Langweid erstmals Strom. Mitte 2008 soll das neue Museum eröffnet werden. Einen Vorgeschmack darauf bietet der heute präsentierte Lehrpfad auf dem Gelände des Kraftwerks.

Zweite Internationale Donaumessfahrt:

Die Donau mit Argusaugen betrachtet

Ein Auge auf die Donau haben - „Watch your Danube“ - war das Motto der zweiten internationalen Donaumessfahrt, die Mitte August in Regensburg startete. Bis Ende September fuhr das Laborschiff Argus und zwei weitere Schiffe die Donau bis zum Donaudelta in Rumänien hinunter.

Neben chemischen und biologischen Untersuchungen stand diesmal auch die Gewässerstruktur im Blickpunkt der Forscher: „Für die Lebewesen ist zum einen natürlich die Sauberkeit des Wassers wichtig. Darüber hinaus jedoch“, betont LfU-Experte Wolfgang Kraier, „brauchen sie auch bestimmte Strukturen in ihrem Lebensraum, um Nahrung oder Laichplätze zu finden und Jungtiere aufzuziehen.“

Daher richtete er sein Augenmerk vor allem auf die Uferzonen, auf Auen, Altarme, Querbauwerke, Befestigungen und auf die Gestaltung des Flussbettes. „Je naturnäher ein Fluss ist, desto mehr Lebensmöglichkeiten für Pflanzen und Tiere bietet er - aber auch mehr Erlebnismöglichkeiten für den Menschen“, erläutert Kraier sein Anliegen.

Die erste Donaumessfahrt 2001 dokumentierte den Reichtum an biologischer Vielfalt und das Auftreten vieler seltener Ar-

ten, zeigte aber auch Gefährdungspotenziale: organische und mikrobiologische Verschmutzungen, Belastung mit Schwermetallen, Ölen, Pestiziden oder Chemikalien in einigen Donauabschnitten und vor allem in vielen Nebenflüssen.

95 Messpunkte

Die zweite Messfahrt sollte nun die Entwicklung der letzten Jahre begutachten. Ein internationales Projekt für einen internationalen Fluss: Alle Anrainerstaaten von Deutschland bis zur Ukraine hatten sich für dieses Projekt zusammengetan - über die Grenzen der EU hinaus. 95 Messpunkte entlang des Flusses wurden untersucht, elf große Nebenflüsse wurden miteinbezogen.

Im bayerischen Donauabschnitt werden zusätzliche Experten des LfU und der Wasserwirtschaftsämter Vergleichsuntersuchungen durchführen. Insbesondere werden die LfU-La-

Internationales Symposium der Hans Huber AG:

„Water supply and sanitation for all“

Aufgrund hoher Notwendigkeit hat United Nations die Water Decade ausgerufen. Es geht darum, die Welt mit sauberem Wasser und mit ordentlicher Abwasserentsorgung zu versorgen. Mit dieser Thematik befasste sich die Berchinger Wassertechnik-Firma Hans Huber AG beim internationalen Symposium „Water supply and sanitation for all“. Namhafte Referenten aus aller Welt waren hierzu in die Europahalle gekommen.

Insgesamt wurde in sechs „Sessions“ über verschiedenste Ansichten zum Thema Wasser informiert. Die Sprecher stammten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Raumfahrt, Musik und vor allem der Technik. Zudem gab es ausreichend Gelegenheit zu Diskussion und Gedankenaustausch. Aus biblischer und theologischer Sicht beleuchtete der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke das Tagungsthema.

Wasserzentrum der Welt

Vor über 400 Gästen unterstrich Gastgeber Hans Huber die Wichtigkeit neuer Ideen, Vorschläge und Lösungen. Aber auch persönlich bedeute ihm die Zusammenkunft viel. Huber bezeichnete das Symposium als „ein Highlight meiner Karriere“. Sein Unternehmen wolle auch weiterhin innovativ bleiben.

Tom Vereijken, Präsident der European Water Partnership, lobte das Engagement des Firmenchefs: „Wir brauchen Enthusiasten!“ Berching sei für zwei Tage Wasserzentrum der Welt. Ohne ihn müssten mehr Menschen „zum Wasser gebracht“ werden. Selbst in Europa führe Wassermangel bereits zu wirtschaftlichen Problemen, beispielsweise in Spanien. Vereijken forderte eine Verknüpfung von Wirtschaft und Ökologie, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Vorbild für Partnerländer

Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard betonte seinerseits die direkte Verbindung der Wasserversorgung mit dem Klimawandel. Die Temperaturerhöhung in Süddeutschland führe zu erhöhtem Niederschlag und Jahrhundertfluten. Dadurch werde der Wasserkreislauf erheblich verändert. Die bayerische Regierung setze deshalb auf neue Technologien in der Abwasseraufbereitung und der Trinkwassergewinnung.

Bayerns nachhaltige und dezentral angelegte Wasserversorgung sei Vorbild für viele Partnerländer in Mittel- und Osteuropa, Mittelasien und Südamerika und das Know-how der bayerischen Wasser-Experten im Ausland gefragt, fuhr Bernhard fort und ergänzte: „Eine gesicherte Wasserver- und Abwasserentsorgung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Entwicklung, Gesundheit, Wirtschaft und Kultur.“

Mit der 1999 eingerichteten Projektgruppe Technologie Transfer Wasser (TTW) am Wasserwirtschaftsamt Hof helfe Bayern mit, Partnerländer wie Ungarn, Tschechien, Polen und Rumänien, aber auch Usbekistan oder Brasilien einen hohen Wasserversorgungsstandard zu ermöglichen. Bernhard: „Der Technolo-

bore bakteriologisch-hygiene Belastung sowie die Verschmutzung durch spezielle Industrie-Chemikalien analysieren. Biologen der Wasserwirtschaftsverwaltung werden landseitig die Besiedlung von Gewässesohle und Ufer kartieren. Die Untersuchungen entsprechen den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die neben dem guten biologischen und chemischen Zustand auch eine gute Gewässerstruktur fordert.

Mehr Schutz für Eschenlohe

An Loisach-Gesamtkonzept wird gearbeitet

Eschenlohe ist jetzt vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt. Die neuen Hochwasserschutz-Bauwerke wurden von Werner Schnappauf, zu diesem Zeitpunkt noch bayerischer Umweltminister, offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Eschenlohe stand 1999 und 2005 unter Wasser. Die Gemeinde hatte sich mehr als 30 Jahre nicht auf eine Hochwasserplanung einigen können. Schnappauf: „Was lange währt, wird endlich gut. Jetzt ist ein maßgeschneiderter Hochwasserschutz nach nur 16 Monaten Bauzeit in die Tat umgesetzt.“ Zu bedauern ist, dass die komplette Fertigstellung sich wegen Klagen einzelner Anwohner noch verzögert. Im Ernstfall muss deshalb die Lücke noch provisorisch mit Sandsäcken geschlossen werden.

Höchstfördersatz vom Freistaat

Mit den neuen Schutzbauten können in der Loisach über 360 Kubikmeter Wasser pro Sekunde sicher durch den Ort geschleust werden, ohne dass Hab und Gut der Bürger gefährdet werden. Das bisher größte Abflusshindernis, die Ortsbrücke, wurde neu gebaut und steht den Wassermassen nicht mehr im Weg. 1.000 Meter Uferschutzmauer, Ufersicherung aus 40.000 Tonnen Wasserbausteinen und vier Kilometer Deicherhöhung aus 40.000 Kubikmeter Erd- und Kiesmaterial sichern die Bebauung vor der Loisach, die mitten durch Eschenlohe fließt. Die Gesamtkosten des Hochwasserschutzes mit Brücke belaufen sich auf etwa 6 Millionen Euro. Der Freistaat ist der Gemeinde mit außergewöhnlicher Unterstützung entgegengekommen. Für die Brücke erhält Eschenlohe den Höchstfördersatz von 85 Prozent. Zudem stundet der Freistaat der Gemeinde ihren Anteil an den Kosten der Hochwasserschutzmaßnahmen auf fünf Jahre. Die Maßnahme ist EU-kofinanziert.

Mit Hochdruck arbeiten die Beteiligten auch am Gesamtschutzkonzept Loisach: Auch für Oberau und Ohlstadt laufen schon Verfahren. Die Planung für die in Eschenlohe in die Loisach einmündenden Wildbäche Eschenlaine und Urlaine ist bereits in Arbeit. Wildbachverbauung ist ein Schwerpunkt im Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020, weil bei Starkregenereignissen die idyllischen Gebirgsbäche in kürzester Zeit zu reißenden Strömen werden können. Anders als bei großen Flüssen gibt es kaum Vorwarnzeit. Allein seit 2001 wurden in die Wildbachsicherung hundert Millionen Euro investiert.



Wir sind die Spezialisten!

ROTAMAT® Schneckenpressen - wirtschaftlich Schlamm behandeln

Ist Ihre landwirtschaftliche Entsorgung in Frage gestellt?

Schneckenpressen sind eine wirtschaftliche Alternative zum Entwässern von Klärschlamm. Sie arbeiten vollautomatisch, geräuscharm und energiesparend.

www.huber.de
info@huber.de

HUBER
TECHNOLOGY

Eberhard Siller zum 60. Geburtstag:

Wertvolle Arbeit für die Region

Am 7. November feiert Hofs zweiter Bürgermeister und Bezirkstagsvizepräsident des Bezirks Oberfranken, Eberhard Siller, seinen 60. Geburtstag. Der mit zahlreichen Auszeichnungen bedachte Oberstaatsanwalt und stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft Hof leistet auf vielen Ebenen fruchtbare Arbeit für die Region.

Der geborene Coburger trat 1971 in die CSU ein. Sieben Jahre später wurde er in den Hofer Stadtrat gewählt. Schon bald, 1986, gehörte er dem Vorstand der CSU-Stadtratsfraktion an. Von 1990 bis 1996 war Siller Fraktionsvorsitzender. Seit 1996 bekleidet er das Amt des ehrenamtlichen zweiten Bürgermeisters und ist hierbei für Soziales, Jugend und Schule zuständig. Bis heute gelingt ihm der tägliche Spagat zwischen Beruf und Politik und der administrative Seiltanz zwischen sozialer Leistung und Sparsamkeit in hervorragender Weise. Auch in Konsolidierungszeiten konnte der Jubilar Einrichtungen und Programme erhalten und sich neuen Aufgaben stellen.

Stärkung des Netzwerks

Über Jahre hinweg war es das erklärte Ziel Sillers, „das Netzwerk der ambulanten Hilfen zu stärken“ und damit die Kosten für Unterbringungen in Heimen zu minimieren. Das Jugendamt sollte sich dabei als ein Dienstleister verstehen, der zusammen mit Anbietern sozialer und erzieherischer Hilfen die entsprechende Vorsorge trifft. Gemeinsam mit den freien Trägern wie Diakonisches Werk, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutzbund, Kirchengemeinden oder die EIBA wurde dieses soziale Netz eng geknüpft. Aber auch die Schulsozialarbeit an der Sophien- und der Christian-Wolfrum-Schule, der Kindertreff im Bahnhofsviertel sowie die Mobile Kinder- und Spielplatzbetreuung sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Wiederholtes „Kinderparlament“

Auf Sillers Initiative hin wurde ein „Kinderparlament“ durchgeführt, in dem Schüler Wünsche, Kritik und Anregungen vortragen konnten. Die Veranstaltung war so erfolgreich, dass sie im Jahr 2000 wiederholt

wurde. Wie der damalige Oberbürgermeister Döhla anlässlich der Verleihung der Goldenen Bürgermedaille an Eberhard Siller am 30. November 2005 betonte, „suchen Sie den Kontakt und wer Ihr Amtszimmer betritt, sieht auch die Nähe zur Jugendarbeit, die die vielen Erinnerungsbilder an der Wand dokumentieren“. Ohnehin sei der Gehörte der „darstellenden Kunst“ auch durch sein Hobby, der Malerei, verbunden.

Überzeugend und beharrlich

Eberhard Siller hat sich den sozialen Veränderungen nicht nur als Stadtrat, sondern vor al-



Eberhard Siller.

lem auch als der für diese Fragen zuständige Bürgermeister immer gestellt. Er hält sich nicht lange mit der bloßen Beschreibung von Problemen auf. Für die von ihm aufgezeigten gangbaren Wege und Lösungen tritt er mit Überzeugungskraft und großer Beharrlichkeit ein, um die notwendigen Mehrheiten zu erlangen.

„Der Bezirk ist wichtig!“

Seit 1998 ist der Jubilar Mitglied im Bezirkstag von Oberfranken und leistet dort im Bezirksausschuss und im Fachbeirat für Soziales wertvolle Arbeit. Im Oktober 2003 - somit bereits

in der zweiten Amtsperiode - wurde er zum Bezirkstagsvizepräsidenten gewählt. Das Statement „Der Bezirk ist wichtig!“ ist für ihn Programm. Schließlich zählen das Theater, die Hofer Symphoniker und die Hofer Filmtage zu den Zahlungsempfängern.

Diverse Ehrenämter

Nicht zuletzt engagiert sich der vitale „60er“ seit 1996 in der Vollversammlung und im Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags sowie seit 2002 im Schulausschuss des Deutschen Städtetags. Daneben ist er noch in verschiedenen Ehrenämtern aktiv, wie etwa als Verbandsrat im Zweckverband „Oberfränkisches Bauernhofmuseum Kleinlosnitz“, als Mitglied im Verwaltungsrat des

Nürnberg-Fürth-Erlangen:

„Lange Nacht der Wissenschaften“

In die dritte Runde ging am vergangenen Wochenende die „Lange Nacht der Wissenschaften“ in den Großstädten Nürnberg-Fürth-Erlangen. Die fünf regionalen Hochschulen, außeruniversitäre Institute wie Fraunhofer und zahlreiche innovative Unternehmen repräsentierten mit ihren über 550 Programmpunkten allerhand an Wissen und Können. Dieses wurde verstärkt durch die Sponsoren der „Langen Nacht der Wissenschaften“.

Dazu zählten unter anderem die Sparkassen aus Nürnberg, Fürth und Erlangen als führende Finanzdienstleister, die sich mit ihrem Engagement für die Wissenschaft in der Region stark machen. Neue Unterstützung kam auch von Seiten der BayernLB, die seit 1992 einen Wissenschaftspreis verleiht, der Spitzenleistungen von Jungakademikern in Bayern prämiiert.

Führungen, Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen, Rundgänge, Experimente und Praxisbeispiele wurden am 20. Oktober in der Zeit zwischen 18 und 1 Uhr angeboten, um den Besucher die Faszination von Forschung und Lehre erleben zu lassen. Über 20.000 Besucher hatten bereits vor zwei Jahren gezeigt, dass sie wissbegierig sind und in den Dialog mit Wissenschaftlern treten wollen. Somit waren alle Voraussetzungen vorhanden, auch die dritte „Lange Nacht der Wissenschaften“ meisterhaft werden zu lassen.

Programm für Nachwuchswissenschaftler

Auch heuer gab es wieder ein abwechslungsreiches Kinderprogramm, so dass auch die Nachwuchswissenschaftler voll auf ihre Kosten kamen. Bei spannenden Experimenten und Gruppenaktivitäten wurde ihre Neugierde geweckt und durch Learning by doing ging jedes Kind mit neuen Erkenntnissen nach Hause.

Mit rund 250 Angeboten beteiligte sich die Universität Erlangen-Nürnberg. In Erlangen, Nürnberg und Fürth bot sie dem neugierigen Publikum Wissenschaft zum Ausprobieren. Highlights waren die Chemie-Zaubervorlesung und die Simulation eines römischen Strafprozesses. Mit Hilfe modernster Technik konnten die Besucher einen Blick in das Innerste des Menschen werfen oder beobachten, wie ein medizinischer Rettungseinsatz vom Unfallort bis zur Notaufnahme abläuft. Bei der offiziellen Eröffnung in Erlangen begrüßten der Rektor der Universität, Prof. Dr. Karl-Dietrich Gräbe, und Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis die Besucher und zahlreiche prominente Gäste aus Politik und Wirtschaft.

Bayerischen Versorgungsverbandes sowie als Mitglied im Kuratorium der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege. Darüber hinaus engagierte sich der dreifache Familienvater u. a. als Beirat der Lebenshilfe und als Förderbeiratsmitglied der Fördergesellschaft Treffpunkt Familie Hof.

Zahlreiche Auszeichnungen

Aufgrund seines verdienstvollen Wirkens wurde Siller 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt; 1999 erhielt er die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze. Bereits 1996 wurde ihm die Dankurkunde für sein langjähriges Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung verliehen. **DK**



Landrat Thomas Karmasin (links) mit Prof. Dr. Dr. h.c. Paul Kirchhof.

Wirtschaftsempfang des Fürstfeldbrucker Landrats:

Intensivierte Kommunikation

Rund 250 Gäste waren zum Wirtschaftsempfang des Fürstfeldbrucker Landrats Thomas Karmasin gekommen. Der Wirtschaftsempfang verfolgt das Ziel, die Kommunikation zwischen Unternehmern des Landkreises, der Politik und der Verwaltung zu ermöglichen und zu intensivieren. Karmasin nutzte den Empfang, um den scheidenden Robert Burkard, der über 15 Jahre, die Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit in Fürstfeldbruck geleitet hat, zu ehren.

Karmasin würdigte Burkards überdurchschnittliches Engagement insbesondere für jugendliche Auszubildende. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass eine Stelle für Ausbildungsplatzakquise im Landkreis geschaffen wurde. 2002 war es Burkard gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises in einer beispiellosen Aktion gelungen, dem Fachkräftemangel im Landkreis entgegenzuwirken. Seine Aktivitäten zum Abbau des Pflegekräftemangels fanden bundesweite Beachtung.

Die Hydra als Wohltäter

Eine mitreißende Ansprache hielt Prof. Dr. Dr. h.c. Kirchhof. Der 12 Jahre lang als Bundesverfassungsrichter tätige, heutige Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht an der Rupprechts-Karls Universität Heidelberg, kennt die Ungerechtigkeit des Steuerwesens wie kein anderer. Kirchhof steht nicht nur für die Vereinfachung des Steuerrechtes, sondern auch für die des Staatswesens. Er vergleicht z. B. in seinem Buch „Das Gesetz der Hydra“ das deutsche Staatswesen mit einer Hydra, einem vielköpfigen Ungeheuer, das das Land fest im Griff hält. Doch tritt die Hydra nicht mehr als Ungeheuer, sondern als Wohltäter auf, der mit jedem seiner Köpfe Subventionen, Steuervergünstigungen und Privilegien verspricht.

Ruf nach Deregulierung

So habe Deutschland ein aufgeblähtes Steuerrecht zum Wohl des Berufsstands der Steuerberater, eine Gesamtverschuldung, deren Höhe schwindlig macht, und eine Politik, die zwischen Verbandsinteressen laviert und nichts zu Wege bringt. Kirchhof fordert Deregulierung. Fordert ein Staat für die Unternehmen ein striktes Steuer-, Umwelt-, und Verbraucherschutzrecht, bieten 10 andere Bevorzugungen an. Solche Tatsachen behindern die unternehmerische Freiheit. Wengleich Kirchhof unseren Staat kritisiert, zeigt er gleichwohl Wege und Konzepte auf, die uns aus dieser Misere führen.

Familien stärken

Da Kinder die Zukunft sichern, plädiert Kirchhof für die Stärkung der Familien in Politik und Gesellschaft. Ein Vorschlag ist, dass Familien pro Kind eine Stimme mehr erhalten. Die Eltern müssten dann nach bestem Wissen und Gewissen für ihre unmündigen Kinder entscheiden. „Wir müssen die Kultur des Maßes wiederentdecken: Die Menschen helfen sich selbst, der Politiker dient dem

Bürger, der Verband kämpft für das Gemeinwohl, Wirtschaft fördert Wohlstand für alle“, so Kirchhof wörtlich. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Zwei Landräte im Wissenstest

Die beiden niederbayerischen Landräte Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau) und Heinz Wöfl (Regen) haben in der ARD-Show „Das Quiz“ mit Jörg Pilawa gemeinsam 30.000 Euro erspielt.

Die beiden Kommunalpolitiker, die einen Teil des Gewinns spenden wollen, scheiterten schließlich an der 50.000-Euro-Frage nach der sog. Maillard-Reaktion (Abläufe während des Bräunens von gebackenem Brot oder gebratenem Fleisch). Heinrich Trapp war bereits in den 70er Jahren als 25-jähriger Lehramtsstudent sechs Mal hintereinander Champion der ZDF-Sendung „Der Große Preis“ mit Wim Thelke.

„Rot“ und „schwarz“

Die Idee, sich zu bewerben, hatte Heinz Wöfl. Die beiden Landräte waren im Mai zu einem Casting und einem Allgemeinwissenstest nach Hamburg eingeladen worden. „Man muss entweder ein sehr gutes Allgemeinwissen haben oder sonst irgendeine Eigenschaft, die gut ankommt“, betonte Trapp. Ein roter und ein schwarzer Landrat aus Niederbayern - allein diese Kombination dürfte den Programmverantwortlichen gefallen haben. Das Casting und den Allgemeinwissenstest hatten er und sein Landratskollege von der CSU mit Bravour bestanden, sich gegen 99 andere Teams durchgesetzt.

Die Landratskollegen hatten Wöfl und Trapp viel Glück gewünscht. Mit Heinz Wöfl verbindet Trapp ein langjähriger, guter Kontakt. Man unterstütze sich gegenseitig, überhaupt herrsche unter den niederbayerischen Landräten ein äußerst kollegiales Verhältnis, so der Landkreischef aus Griesbach. **DK**

Spezialisten für die letzte Ruhe

Friedhofsgenossenschaften in Augsburg und Nürnberg bieten einen dauerhaften Grabpflege-Service an

Der November ist der letzte Monat des Kirchenjahrs vor Beginn der Adventszeit: eine Zeit der Besinnung und des Gedenkens. Viele Menschen besuchen an Allerheiligen und am Totensonntag die Gräber ihrer verstorbenen Angehörigen. Für einige ist der Weg zum Friedhof jedoch weit: Immer seltener wohnen mehrere Generationen in der gleichen Region, und es gibt immer mehr Menschen, die nicht wissen, wie sie die Gräber ihrer Angehörigen regelmäßig pflegen sollen. Zwei Genossenschaften in Augsburg und Nürnberg schaffen Abhilfe: Sie bieten dauerhafte Grabpflegedienste an.

30 Steinmetze haben sich 1996 in Augsburg in der Grabpflege- und Vorsorgegenossenschaft schwäbischer Steinmetzbetriebe eG zusammengeschlossen, weil sie langfristige Grabpflegedienste anbieten wollten. „Jeder allein konnte das nicht, sagt Steinmetz Johannes Wagner, Vorstand der Genossenschaft. „Mit der Genossenschaft können wir heute Verträge abschließen, die eine Laufzeit von

Grabsteins, kümmern sich um Blumenschmuck oder um die Grabauflösung am Ende der Ruhezeit.

Regelung zu Lebzeiten

Mit der Gründung der Genossenschaft wollten ihre Mitglieder Menschen die Möglichkeit geben, zu Lebzeiten alles rund um die Grabstätte zu regeln. Vor allem ältere Ehepaare aber auch

reits 1975 gründeten sieben Friedhofsgärtner den Grabpflegedienst der Friedhofsgärtner als Genossenschaft, die seitdem Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) ist. 1991 kam die Treuhandstelle dazu, die die Vertragsummen verwaltet.

Vor der Gründung musste jeder Gärtner sein eigenes Personal, Material und Fahrzeug für die Grabpflege haben. Heute gießen und säubern 40 fest angestellte Mitarbeiter der Genossenschaft die Gräber von März bis Mitte November mehrmals in der Woche. Die Bepflanzung, für die eine besondere Ausbildung notwendig ist, übernehmen die Mitgliedsgärtnerereien.

Dauerhafte Kontrolle

„Unsere Gärtner bringen Gießgräber in die Genossenschaft ein“, sagt Geschäftsführer und Vorstand Thomas Geilenkirchen. „Im Gegenzug machen unsere beiden Büros in Nürnberg und Fürth die Verträge und vermitteln den mittlerweile 34 Mitgliedsbetrieben die Bepflanzung.“ Die Genossenschaft kontrolliert zudem die Arbeit der Treuhandstelle. Je nach Kundenwunsch bepflanzen die Gärtner die Grabstätten mehrmals jährlich neu oder legen eine Dauerbepflanzung an.

Die Nachfrage nach langfristiger Grabpflege nimmt auch in Nürnberg ständig zu: Auf circa 40 Friedhöfen versorgen die Mitarbeiter aktuell rund 16.000 Gräber. Häufig nehmen Verwandte die Leistungen der Genossenschaft in Anspruch, die selbst nicht in der Region wohnen. „Letztes hat ein Mann aus Köln seiner Großmutter einen Grabpflegevertrag zum 80. Geburtstag geschenkt“, erzählt Genossenschaftsmitglied Herbert Geiger. Für ihn bedeutet die Mitgliedschaft vor allem sichere Aufträge, mit denen er bereits zu Beginn des Jahres rechnen kann. „Andere Verträge wurden oft aus Geldgründen schon vor der Grabauflösung gekündigt“, sagt er.

Mehr Kollegialität

Walter Vogel, Protokollführer bei der Gründung und Sohn eines Gründungsmitglieds, sieht in der Genossenschaft noch weitere Vorteile: „Die Kollegialität unter den Gärtnern hat sich seit der Gründung stark verbessert. Wir setzen uns jetzt häufiger zusammen und werben für unseren Service.“ Und was für ihn ist ganz wichtig ist: „Wir Gärtner können im Sommer dank des Gießdienstes der Genossenschaft endlich ein paar Tage Urlaub machen.“ **Stefanie Roesler**

Auszeichnung für Melles und Lechner

Die ungarische Schauspielerinnen Sunnyi Melles und der Münchner Stahlbildhauer Alf Lechner werden am 28. Juni 2008 im „schatzof - europäisches künstlerhaus oberbayern“ in Freising mit dem Oberbayerischen Kulturpreis ausgezeichnet. Multitalent Sunnyi Melles hatte ihren Durchbruch ab 1980 an den Münchner Kammerspielen u. a. als Gretchen in der legendären Faust-Inszenierung. 2003 folgte sie Regisseur Dieter Dorn an das Bayerische Staatsschauspiel München. Alf Lechner ist einer der bedeutendsten Stahlbildhauer der Gegenwart. Viele seiner Arbeiten sind in den öffentlichen Raum integriert, z. B. in Ingolstadt, München und Hamburg. □



Ein Service für Angehörige, die weit weg wohnen: Zwei Mitarbeiter der Nürnberger Friedhofsgenossenschaft pflegen ein Grab. □

bis zu 25 Jahren haben, ohne dass der Kunde befürchten muss, dass der Vertrag aufgrund einer Betriebsaufgabe oder Insolvenz nicht erfüllt wird.“

Rundum-Service

Kunden vereinbaren mit dem Steinmetz vor Ort, welche Leistungen sie bei der Grabpflege wünschen. Der Vertragspartner ist jedoch die Genossenschaft. Die Kunden zahlen bei Vertragsabschluss den Geldbetrag für die gesamte Laufzeit ein. Die Genossenschaft legt das Geld dann sicher an und verwaltet es treuhänderisch. Wenn Mitgliedsunternehmen an den Grabstätten gearbeitet haben, begleicht die Genossenschaft die Rechnungen aus der Vertragssumme. Die Steinmetze reinigen und reparieren die Grabsteine, erneuern die Inschrift, übernehmen die Haftung für die Standsicherheit des

Alleinstehende nutzen seither das Angebot. Sie suchen sich ihren Grabstein aus und bezahlen für Stein und spätere Grabpflege. „So können sie sicher sein, dass ihre letzte Ruhestätte gepflegt wird und Angehörige nicht um das Geld für die Grabgestaltung streiten“, sagt Wagner.

Fast 200 Grabstätten

Mittlerweile betreuen die Genossenschaftsmitglieder fast 200 Grabstätten von Ulm bis Marktobendorf. Das Gesamtvolumen beträgt rund 500.000 Euro. Entgegen der ursprünglichen Idee schließen heute vor allem Verwandte von kürzlich Verstorbenen einen Vertrag ab, um deren letzte Ruhestätte langfristig pflegen zu lassen.

Einen ähnlichen Zweck verfolgt die Genossenschaft und Treuhandstelle der Nürnberg-Fürther Friedhofsgärtner eG. Be-

Bezirksmedaille in Kultur und Heimatpflege verliehen:

Oberbayern würdigt ehrenamtliches Engagement

Seit 1990 ehrt der Bezirk Oberbayern Bürgerinnen und Bürger aus Oberbayern, die sich in den Aufgabebereichen des Bezirkes mit außergewöhnlichem Engagement ehrenamtlich einsetzen. Mit der Bezirksmedaille für die Bereiche Kultur und Heimatpflege wurden ausgezeichnet: Alfred Baier aus Rottach-Egern im Landkreis Miesbach, Fritz-Richard Demmel aus Garching / Alz im Landkreis Altötting, Helmut Ebert und Thomas Hasselwanger aus München, Dagmar Hummel aus Hepberg im Landkreis Ingolstadt, Margot Günther aus München, Ursula Haeusgen aus München und Josef Wahl aus München.

Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth stellte in seiner Rede heraus, dass die unterschiedlichen Interessensgebiete der Ehrengäste - bildende Kunst, Literatur und Architektur, Brauchtum und Tradition sowie Geschichte - ein repräsentativer Querschnitt aus all dem seien, was den abstrakten Begriffen „Kultur“ und „Heimat“ Leben einhauche.

Festes Fundament

Jungwirth stellte die Tatsache heraus, dass „Sie da einsprin-

gen, wo staatliche, kommunale und übergeordnete Zuständigkeiten an ihre Grenzen stoßen“ und betonte: „Ihr Einsatz ist unverzichtbarer als je zuvor. In Zeiten medialer Überfütterung, globaler Informationsflut und sich immer schneller ändernder Strömungen und Moden ist die Gefahr groß, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Wer aber auf einem festen Fundament aus traditionellen und kulturellen Werten steht, tut sich leichter, mit den Anforderungen der heutigen Welt zurechtzukommen.“ □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ob Kanzlerin oder Bio-freak, ob Unternehmer oder Weltverbesserer - der Klimawandel hat alle gepackt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah in die Runde seines Wahlkampfteams und erwartet jetzt Vorschläge, wie man diesen Mega-Trend in seinen Wahlkampf einbauen könnte.

Ich weiß ja, dass dieses Thema spätestens seit dem Friedens-Nobelpreis für Al Gore und den Weltklimarat mit dem Dogma der Unfehlbarkeit versehen ist. Also sind zwei Wahrheiten unantastbar: Erstens, es wird immer wärmer. Zweitens, das ist schlecht. Wobei spätestens bei letzterem meine intellektuelle Unzulänglichkeit anfängt. Denn wenn ich in Geschichte richtig aufgepasst habe, wurde die Insel Grönland um die vorletzte Jahrtausendwende von den Wikingern deshalb „grünes Land“ getauft, weil es dort saftige Vegetation

ergeben, oder vom Menschen hausgemacht sind. Ich weigere mich halt einfach, in das allgemeine Panikgeheul einzustimmen.

Der derzeitigen Debatte würde es nicht schaden, wenn man sich auf eine der Kardinaltugenden besinnen würde: der Mäßigung. Maß, Mitte und Zurückhaltung wäre in allen Richtungen angebracht. Genauso, wie wir alle miteinander ein wenig Mäßigung in unserem Ressourcenverbrauch an den Tag legen sollten, wäre es nicht kontraproduktiv, wenn manche beim Entwurf apokalyptischer Szenarien Maß halten würden.

Aber wie vernünftig auf den Klimawandel als Kommune reagieren, ohne es lediglich bei Lippenbekenntnissen in unterschiedlichen Hysterie-Graden zu belassen? Dumme nur, dass das effektivste, was eine Stadt machen kann, am wenigsten spektakulär ist: Die energetische Gebäudedämmung. Denn das A und O ist doch, dass die Menschheit sich bei der Nutzung fossiler Brennstoffe endlich mäßigt. Und Energie, die man nicht braucht, muss nicht erzeugt werden.

Wenn man Dämmputz an ein Schulhaus anbringen lässt oder Fugenverdichtungen vornimmt, kommt kein Staatssekretär, um die „erste Kelle“ zu schwingen und kein Stadtrat kann sich fürs Lokalblatt in Pose stellen. Da machen andere Sachen wie die Anschaffung eines Erdgasbusses, eines Hybridjeeps für den Bauhof oder die Einweihung einer längst beschlossenen Solar- oder Biogasanlage mehr her.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird natürlich im Wahlkampf auch mit solchen Leuchttürmen des Klimaschutzes aufwarten. Aber er achtet ebenso auf Nachhaltigkeit. Deshalb wird er die Klimaschutzfahne auf ein Vorhaben setzen, das ihm schon lange am Herzen liegt: Ein nachhaltiges Energiesparprogramm für die Stadtverwaltung. Der Dichter Matthias Claudius gibt dafür auf dem heutigen Kalenderblatt mit einem Gedanken zur Mäßigung das Motto vor: „Was mit Wenigem getan werden kann, muss nicht mit Vielem getan werden.“

the Sabriul

Mega-Trend Klimawandel

und gutes Ackerland gab. Und durch das Zurückweichen der Alpengletscher werden immer mehr steinzeitliche Funde gemacht (Ötzi lässt grüßen), die für Jahrhunderte unter meterdickem Eis begraben waren - und die uns veraten, dass unsere Urväter ebenso wenige Gletscher in ihrer Umgebung hatten, wie es unsere Kinder haben werden.

Es gibt Forscher - sicher nicht weniger seriös als die globalen Klimaapostel - die aus der Geschichte zu belegen versuchen, dass zumindest in Europa die Phasen relativer Wärme gute Zeiten waren und Kälteperioden schlechte. Aber eines ist sicher: Wenn sich unser Klima verändert, hat das einschneidende Folgen. So wird behauptet, in Bayern wäre das ursprünglich vor allem in Norddeutschland verbreitete Bier erst populär geworden, nachdem es um Donau und Inn zu kalt für den von den Römern eingeführten Weinanbau wurde.

Aber Scherz beiseite, bevor meine politisch unkorrekten Gedanken den Bürgermeister noch in Schwierigkeiten bringen. Außerdem ist es wahrscheinlich schon was anderes, ob sich Klimaveränderungen durch natürliche Ursachen

Familienatlas 2007 des Bundesfamilienministeriums:

Bamberg „engagierte Region“

... mit Top-Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche

In Bamberg wird das Engagement für Familien groß geschrieben. Dies ist nicht nur erklärte Politik von OB Andreas Starke, sondern wird auch durch den neuesten „Familienatlas 2007“ bestätigt. Darin wird Bamberg in die Kategorie der „engagierten Städte“ eingestuft. Beim Handlungsfeld „Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche“ erreicht die Stadt Bamberg sogar den Spitzenplatz 6 von 439 Stadt- und Landkreisen in Deutschland.

Die Studie, die vom Bundesfamilienministerium in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und der PROGNOSE AG erstellt wurde, nimmt die Familienfreundlichkeit hierzulande unter die Lupe, da diese ein Standortfaktor sei, „den es künftig im Wettbewerb der Regionen noch stärker zu nutzen gilt“, wie die Autoren betonen. Die Stadt Bamberg nimmt hierbei eine Vorreiterrolle ein, da sie zu den „in Familienfreundlichkeit investierenden Regionen“ zählt, die „mit überdurchschnittlich attraktiven Infrastruktur-, Wohn- und Bildungsangeboten aufwarten.“

Beleg für hohen Erholungswert

Besonders erfreulich für Bamberg ist das Ergebnis der PROGNOSE-Studie in der Kategorie „Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche“. Hier gehört Bamberg zu den „Top-Ten“ aller deutschen Städte und Landkreise: Platz sechs (von 439) ist Beleg für ein lebendiges Freizeit- und Kulturleben, das nicht nur für einen hohen Erholungswert für Familien sorgt, sondern sich auf

die gesamte Wirtschaftsregion förderlich auswirkt.

Enormer Einsatz

Das erfreuliche Ergebnis reiht sich ein in die Auszeichnung der Stadt Bamberg als „familienfreundliche Kommune“ im vergangenen Jahr und die entsprechenden städtischen Aktivitäten wie zum Beispiel die Gründung eines Familienbeirats und dessen ehrenamtliche Arbeit. Sie ist aber zugleich auch Ausdruck des großen Engagements vieler Menschen für Familien und Kinder in

Bamberg im privaten und ehrenamtlichen Bereich.

Von den Erträgen profitieren

„Wir sind deutlich erkennbar auf einem sehr guten Weg, aber deshalb noch lange nicht am Ziel“, versicherte OB Andreas Starke in einer ersten Reaktion, in seinem Bestreben nicht nachzulassen, für Familien, Kinder und Jugendliche möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn wie auch die Studie schlussfolgert, ist es für Bamberg als so genannte „engagierte Region“ notwendig, „an der Familienfreundlichkeits-Strategie festzuhalten, damit sie in Zukunft von den Erträgen ihres heutigen Engagements profitieren können.“ □

Bürgermeister-Kandidat für Markt Welden

Die Bürgergemeinschaft Welden-Reutern (BGM) sucht eine qualifizierte, einsatzfreudige und verantwortungsbewusste Persönlichkeit, die sich im Rahmen der Kommunalwahlen im März 2008 für das Amt des Bürgermeisters (hauptamtlich) mit Unterstützung der BGM bewirbt.

Der/die Bewerber/in muss nach dem Kommunalwahlrecht wählbar sein. Er/Sie sollte bereits Erfahrung im Verwaltungsdienst, als Gemeinderat oder vergleichbar haben. Das Kleinzentrum Welden ist mit ca. 3.600 Einwohnern Sitz einer Verwaltungsgemeinschaft im Naturpark Augsburg.

Für Bewerbungen oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an die BGM, Hr. Dr. Anton Kiening, Wiesenweg 7, 86465 Welden. Tel. 08293-6860, E-Mail: bgm@holzwinkel.de

E.ON Bayern sponsert Jugendwettbewerb

Justus-von-Liebig-Gymnasium in Neusäß ist Bayerns Forscherschule 2007

Das Justus-von-Liebig-Gymnasium in Neusäß ist die bayerische Forscherschule des Jahres 2007. Der begehrte Sonderpreis des Sponsorpools Bayern Jugend forscht e.V. ist mit 2500 Euro dotiert und wurde im Rahmen einer Festveranstaltung übergeben.

Auf Vorschlag der bayerischen Wettbewerbsleiter von Jugend forscht haben der Patenbeauftragte der E.ON Bayern AG, Josef Schönhammer, Oberstudienrat Thomas Fischer als Vertreter des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und Poolverwalter Studiendirektor Jochen Dotterweich die Siegerschule ausgewählt. Prämiert werden Schulen, die den Forschernachwuchs in außergewöhnlicher Weise fördern. Die Verwendung der Mittel ist zweckgebunden und soll für die Laborausstattung im naturwissenschaftlichen Bereich verwendet werden. Bisherige Preisträger waren das Apian-Gymnasium Ingolstadt (2002), das Arnold-Gymnasium Neustadt bei Coburg (2003), das Hanns-Seidel-Gymnasium Hösbach (2004) und das Ruperti-Gymnasium Mühldorf (2005). Im Jahr 2006 wurde der Sonderpreis nicht vergeben.

Insgesamt hatten die Leiter der Regionalwettbewerbe von Jugend forscht in Bayern in diesem Jahr zehn Schulen für den Sonderpreis vorgeschlagen. Bei der Bewertung durch die Jury lieferten sich drei Gymnasien ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Dazu zählten neben der späteren Siegerschule auch das Katherinen-Gymnasium Ingolstadt und das Gymnasium Leopoldinum Passau. Diese Bildungseinrichtungen haben über Jahre hinweg zahlrei-

che Wettbewerbssteilnehmer bei Jugend forscht betreut und zu beeindruckenden Erfolgen geführt.

Die prämierte Forscherschule des Jahres 2007, das Justus-von-Liebig-Gymnasium, beeindruckt außer durch herausragende Jugendforscht-Projekte auch durch eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit. Hier wird nicht nur im stillen Kämmerchen geforscht. Regelmäßig präsentieren die Jungforscher ihre beeindruckenden Resultate bei Informationsabenden und anderen Anlässen vor großem Publikum. Damit ist innerhalb der Schule natürlich beste Nachwuchsarbeit garantiert, aber auch der Stellenwert und die Attraktivität der Naturwissenschaften allgemein werden wieder dorthin gerückt, wo sie hingehören - in den Fokus des öffentlichen Interesses.

Der Sponsorpool Bayern der Stiftung Jugend forscht e.V. unterstützt den bayerischen Wettbewerb seit 1993 in enger Kooperation mit E.ON Bayern und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Die Einrichtung ermöglicht Schulen auf Antrag den Kauf von Geräten, die zur Fertigstellung einer Wettbewerbsarbeit dringend erforderlich sind, aber nicht zur schuleigenen Sammlung gehören. Durch die Vergabe von hochkarätigen Sonderpreisen schafft er zusätzliche Anreize für bayerische Jungforscher und die sie betreuenden Schulen.



Teilnehmer der Veranstaltung waren v. l. Norbert Düinkel (stellv. Landrat), Konrad Rupprecht (Bürgermeister), Werner Kunddörfer (Kreisrat), Helmut Dammer (Geschäftsführer), Thomas Niesche (Betriebsleiter), Roman Felber (Bürgermeisterkandidat), Andreas Kögel (Bürgermeister), Alexandra Sternitzke, Walter Zimmermann (Gemeinderat), Peter Wiesner (Bürgermeister), Thomas Ritter, Kurt Sägmüller (Bürgermeister), Uwe Güntner (Gemeinderat), Axel-Wolfgang Schmidt, Karin Müller (stellv. Bürgermeisterin), Hans-Peter Walter (Bürgermeisterkandidat), Peter Stief (Bürgermeister).

Nürnberger Land:

Wasserversorgung in kommunaler Hand

Diskussion über Liberalisierungspläne

Um auf die Problematik der derzeitigen Diskussion um Liberalisierung und Privatisierung in der Wasserversorgung aufmerksam zu machen, veranstaltete die Feuchter Gemeindewerke GmbH in Zusammenarbeit mit dem KPV-Kreisvorsitzenden Werner Kunddörfer einen Informationsabend.

Bereits in der Begrüßung durch den Ersten Bürgermeister von Feucht, Konrad Rupprecht, wurde die Intention des Abends deutlich. „Die Bestrebungen die Wasserversorgung in Deutschland zu privatisieren, gehen zu Lasten der Trinkwasserqualität, der Umwelt und der Bürger.“ so Rupprecht - „eine Entwicklung die wir als verantwortungsvolle Mandatsträger nicht unterstützen können“. Auch der stellvertretende Landrat Norbert Düinkel bekräftigte in seinem Grußwort diese Position.

Der Geschäftsführer der Feuchter Gemeindewerke GmbH, Helmut Dammer, erläuterte die Pro-

blematik in seiner Diskussions-eröffnung dann ausführlich. Er erklärte, dass Deutschland dank seiner insgesamt 7.000 Wasserversorgungsunternehmen, von denen alleine in Bayern 2.500 Unternehmen angesiedelt sind, ein Trinkwasser von höchster Qualität und eine enorme Versorgungssicherheit habe.

Untragbare Konsequenzen

Ein Blick in Nachbarländer mit liberalisierter Wasserversorgung wie beispielsweise England verdeutliche, dass die Konsequenzen einer Liberalisierung nicht trag-

Orientierungshilfe für den Bürger

Neue Informationsbroschüre des Landkreises Passau

1996 wurde sie erstmals vom Landratsamt Passau herausgegeben und nunmehr liegt die Informationsbroschüre des Landkreises Passau in neuer und 4. Auflage vor.

Die von der Pressestelle des Landratsamtes, unter Mitwirkung der Sachgebiete des Amtes und der Gemeinden konzipierte Broschüre enthält auf rund 120 Seiten eine Menge Wissenswertes über das Landratsamt, den Landkreis und seine Einrichtungen. So hilft ein alphabetischer Wegweiser durch das Zuständigkeitsdickicht der Behörde und ihrer Außenstellen. Besonderes Augenmerk wurde wiederum der Darstellung der vielfältigen Beratungseinrichtungen auf dem Gebiet der Jugend- und Sozialhilfe gelegt. Gleiches gilt für die Bereiche Kultur mit Heimat- und Brauchtumpflege, sowie für die Krankenhäuser und Seniorenheime. Auch die Angebote des Landkreises auf dem Schulsektor, beim Tourismus oder in der Erwachsenenbildung sowie die Abfallwirtschaft kommen im neuen Wegweiser ausführlich zu Wort.

Unverzichtbarer Wegweiser

Für politisch Interessierte enthält das Nachschlagewerk schließlich Namen und Anschriften der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Bayerischen Landtages sowie des Bezirks Niederbayern. Selbstverständlich finden sich auch die Daten aller 70 Kreistagsmitglieder, der Fraktionssprecher und der Fachausschüsse des Kreistages Passau in der Broschüre. Darüber hinaus wird der Vorstellung der 38 Landkreisgemeinden in Wort und Bild breiter Raum gewidmet.

„Kurzum“, so Landrat Hanns Dorfner bei der Vorstellung, „die neue Broschüre ist ein interessanter Wegweiser und Ratgeber mit umfassendem Informationsgehalt, die eigentlich in keinem Haushalt fehlen sollte“.

Auch im Internet kann man die Infobroschüre durchblättern und zwar unter www.landkreis-passau.de

Vorschau auf GZ 21

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 21, die am 8. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Nachbericht zur „Virtuellen Behörde“
- Kommunale Baupolitik

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995180
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Quersstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenförgnaben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Quersstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995180
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindereinrichtungen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzvorrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Holger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

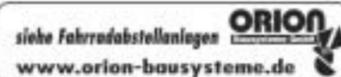
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoil-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



siehe Fahrradabstellanlagen www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
Telefon: 09 11 / 69 39 65
Telefax: 09 11 / 69 59 83
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
Verträge - Handelt für
Telitto Star
Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74